ISRAEL NACHRICHTEN
חדשות ישראל

DIENSTAG, 6. AUGUST 1974 • PREIS: IL 1.— המחיר: ל״י ★ יום שלישי, י״ח באב תשל״ד

GERÜCHTE UM ZEITWEILIGEN AMTSVERZICHT NIXONS

amerikanische Präsident Nixon soll eine wichtige Zusammenhang mit der te-Affäre und dem sich entwickelnden Impeachrfahren vorbereiten. Dies Washingtoner Beobachler Tatsache, dass Nixon tigsten Berater und Reiber des Weissen Hauses mp David kommen liess, ur Zeit weilt. Ein Spres Weissen Hauses gab annt, eine Rede Nixons nicht in nächster Zu- erwarten, aber doch

chen mehren sich die , die von einem zeitweintsverzicht des amerika-Präsidenten wissen wolin soll diesen Gerüchten planen. sein Amt wähs laufenden Impeachfahrens niederzulegen u. utivgewalt an Vizepräsiald Ford übergehen zu m Falle eines Sieges Impeachment-Abstim- Senat, wo Nixon n ir tel aller Stimmen auf sich vereinen muss, um im Amt bleiben zu können, will Nixon dann sein Amt als Präsident wieder aufnehmen.

OEFFENTLICHKEIT WENDET SICH IMMER MEHR VON NIXON AB

Der Druck der Oeffentlichkeit auf die Mitglieder des amerikanischen Kongresses hat in den letzten Tagen sprungartig zugenommen. Das starke Ansteigen der Nixon-Gegner wird auf die eindrucksvollen landesweiten Fernsehübertragungen von den Verhandlungen des Justizausschusses des Repräsentantenhauses zurückgeführt. Während vor diesen Verhandlungen eine knappe Mehrheit von 53 Prozent für ein Impeachment-Verfahren gegen Nixon war, sprechen sich nun in einer Harris-Umfrage zwei Drittel aller Befragten, also 66 Prozent für ein solches Verfahren aus. Für einen Schuldspruch des Senates gegen Nixon und damit für dessen Amtsenthebung sind nun 51 Prozent der Befragten und nur noch 31 Prozent dagegen. Die früheren Umfragen hatten noch ein Verhältnis von 47 zu 34 aufgezeigt.

Nach Ansicht informierter Beobachter werden sich über 300 der insgesamt 435 Mitglieder des Repräsentantenhauses für ein impeachment-Verfahren gegen Nixon aussprechen. Im Senat sind derzeit nach Ansicht der „Washington Post" 58 bis 60 Mitglieder für eine Amtsenthebung Die notwendige Mehrheit beträgt allerdings 66 Stimmen.

ALLON: KEINE GEFAHR FUER ISRAEL

Der israelische Vizeministerpräsident und Aussenminister, Jigal Allon, nahm in einem Fernsehinterview Stellung zu den Auswirkungen des Impeachment Verfahrens gegen Präsident Nixon für Israel. Allon versicherte, dass Nixon ungeachtet der innenpolitischen Schwierigkeiten nach wie vor ein grosser Freund Israels sei. Seine Gespräche mit Vizepräsident Gerald Ford hätten dessen ungebrochene ungebrochene Sympathie für Israel unter Beweis gestellt — erklärte Allon weiter. Es sei nicht zu erwarten, dass sich diese Haltung Fords im Falle dessen Amtsübernahme als US Präsident ändern würde.

AUSSENMINISTER JIGAL ALLON IM AMERIKANISCHEN FERNSEHEN:

Kein Krieg in absehbarer Zukunft

Vizeministerpräsident und Aussenminister. Jigal Allon sieht keinen Krieg in absehbarer Zukunft. Allerdings will Allon die Möglichkeit eines Krieges überhaupt nicht ausschliessen. Der Minister erklärte dies zum Abschluss des offiziellen Teils seines Amerika-Besuches in einem landesweit ausgestrahlten Interview mit der Fernsehkette NBC. Allon betonte, dass ein solch möglicher Krieg seiner Meinung nach durchaus durch Verhandlungen vermeidbar sei.

Der Aussenminister verwies im weiteren Verlauf des Interviews auf die massiven Waffenlieferungen der Sowjetunion an Syrien und Irak. Allon betonte, dass er diese sowjetischen Luftbrücken in seinen Gesprächen mit den amerikanischen Regierungsspitzen immer wieder hervorgehoben habe. Er sei daher auf vermehrtes Verständnis der amerikanischen Seite für israelische Forderungen gestossen. Die Sowjetunion liefert nach Angaben Allons den beiden Staaten insbesondere Tanks, Boden-Boden-Raketen und andere modernste Waffen. Sie verfolgt damit zwei Ziele: einerseits eine Verstärkung ihrer Position im Nahen Osten, andererseits das arabische Waffenarsenal stets auf dem modernsten Stand zu halten.

Allon traf gestern nachmittag mit den wichtigsten Führer der grossen jüdischen Organisationen der USA zusammen und wird im Lande zurückerwartet.

Der Aussenminister wird sofort nach seiner Ankunft der Regierung Bericht über seinen Amerikabesuch erstatten.

RIFAI IN WASHINGTON

Unmittelbar nach dem Abflug Allons begann der jordanische Ministerpräsident und Aussenminister Rifai seinerseits Gespräche mit den wichtigsten amerikanischen Regierungsmitgliedern. In drei Tagen wird Aegyptens Aussenminister Fahmi als nächster Vertreter eines Nahost-Staates in den USA erwartet.

fahrensreform im Gerichtswesen der Knesset zur Beratung vorgelegt

minister Chaim Zadok r Knesset sein Prozur Reform der Geahren vor. Es be- Zweifel darüber, dass lischen Gerichte nach hoden, die derzeit als e ihrer Arbeit gelten, e Zahl der Klagebegehhnen vorgelegt werden, rbeiten können.

t vor allem darum, die nze für Zivilprozessgen, über die ein Amtserhandeln kann, von 0.000 IL auf 20.000 IL etzen. Auch für die nehmungen muss eine ng getroffen werden. er müssen hierfür mehr l. auch Tonbandgeräte gung haben. Das Ur- spätestens 30 Tage schluss der Zeugenververkündet werden.

MdK Joram Aridor (Likud) forderte energischere Massnahmen in Anbetracht der Tatsache, dass pro Jahr rund 15.000 neue Akten bei den Gerichten eingehen. Er nahm auf die Enthüllungen der Oberrichter Berinson und Sussmann Bezug und forderte Disziplinarverfahren gegen säumige Richter. **Seine besondere Kritik galt jedoch dem Kabinettsbeschluss, von der Verhängung der Todesstrafe für Terroristen abzusehen.** Im Falle der Terroristen von Lod und von Naharia und der Mörder von Eli Lupo gäbe es keine angemessenere Strafe, betonte er.

Die Arbeitskommission der Knesset hatte festgestellt, dass die für den Fall eines Bankrotts geltenden Rechtsbestimmungen nicht ausreichen, um die Arbeitnehmer eines solchen Betriebes hinreichend abzusichern.

Bombenwelle in Europa hält an

Erneut explodierten in Westeuropa von politischen Extremisten gelegte Bomben und verletzten Menschen. Gestern detonierten in der belgischen Hauptstadt Brüssel vier Bomben. Mehrere Personen mussten mit Verletzungen und Schocks in die Spitäler überführt werden. Die Bombenanschläge richteten sich gegen staatliche oder offiziöse spanische Vertretungen, darunter gegen die spanische Bank in Brüssel. Die Polizei fand an den Tatorten Flugblätter, die von der linksextremen „Internationalen revolutionären Aktionsgruppe" hinterlassen wurden. Diese Gruppe hat in letzter Zeit verschiedentlich Protestaktionen gegen Spanien unternommen.

Die Bombenanschläge in Brüssel sind die bisher letzten in einer ganzen Serie, die in verschiedenen europäischen Staaten mehrere Menschenleben gefordert und schwere Sachschäden hervorgerufen hatten.

GENERALSTREIK IN ITALIEN

Die italienischen Arbeiter haben gestern nachmittag mit einem halbtägigen Generalstreik gegen den von Neofaschisten verübten Bombenanschlag auf den internationalen Städteschnellzug Rom—Münschen, protestiert. Vorletzte Nacht hatten in einem Tunnel nahe des bei Bologna gelegenen Dorfes San Benedetto Val di Sambro zwölf Menschen den Tod gefunden, als eine in der Zugstoilette versteckte Bombe explodierte. 48 der über 1000 Passagiere wurden so schwer verletzt, dass sie in Spitalpflege verbracht wurden. Die Identifizierung d. Opfer stösst auf Schwierigkeiten, da die Leichname durch das Feuer bis zur Unkenntlichkeit entstellt wurden.

Die italienischen Zeitungen forderten in Balkenüberschriften und Leitartikeln, dass den neofaschistischen Mördern endlich vom Staat das Handwerk gelegt werde. In den letzten Tagen waren mehrere Staatsstreichpläne rechtsextremer Untergrundorganisationen entdeckt und zahlreiche Neofaschisten verhaftet worden. Verschiedene Exilgruppen der Neofaschisten haben daraufhin bekanntgegeben, dass sie die Errichtung einer Exilregierung ins Auge fassen. Ziel dieser Exilregierung sei es, Italien mit „gewaltsamen Aktionen gegen die Zivilbevölkerung soweit zu bringen, dass dort ein Einparteien-Präsidentschaftsregime", also eine faschistische Diktatur errichtet werden könne.

Inzwischen hatte eine italienische Faschistenorganisation die Verantwortung für den Bombenanschlag auf den Eisenbahnzug übernommen. In einem von der Polizei aufgefundenen Schreiben sprechen sich die Faschisten für die „Errichtung einer Naziherrschaft in Italien" aus.

IRA-BOMBENLEGER VOR GERICHT

Sieben Mitglieder des illegalen Flügels der Irisch-Republikanischen Armee (IRA) müssen sich in Burmingham vor Gericht verantworten. Sie werden beschuldigt in dieser Stadt mehrere Bombenanschläge verübt zu haben. Während der Gerichtsverhandlung kam es zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen und Sympathiesanten der IRA-Leute einerseits und der Polizei anderseits. Die Ordnungskräfte nahmen mehrere Verhaftungen vor.

PALAESTINENSER LEGTEN PARISER BOMBEN

Die „Volksfront für die Befreiung von Palästina" hat in einem in Paris veröffentlichten Communiqué die Verantwortung für drei Bombenanschläge in der französischen Hauptstadt übernommen. Die Explosionen ereigneten sich vor drei Tagen vor den Gebäuden der israelfreundlichen konservativen Tageszeitung „L'Aurore", der rechtsextremen Zeitschrift „Minute" und einer jüdischen sozialen Organisation Inzwischen hat ein Sprecher der Volksfront in Beirut jede Verbindung seiner Organisation mit den Bombenanschlägen kategorisch dementiert.

FAHMI BESUCHT PARIS UND WASHINGTON

Der ägyptische Aussenminister Ismail Fahmi ist zu einem offiziellen Besuch in der französischen Hauptstadt Paris eingetroffen. Fahmi wird französische Regierungsspitzen über die ägyptische Position im Nahostkonflikt unterrichten, bevor er zu Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung nach Washington weiterreist.

Fahmi wird dem französischen Staatspräsidenten Valery Giscard d'Estaing eine persönliche Botschaft von Aegyptens Präsident Sadat überreichen.

Der erste Gesprächspartner Ismail Fahmis in Paris, der französische Aussenminister hat in einem Interview mit einer ägyptischen Zeitschrift erklärt, seine Regierung habe ihre Haltung im Nahostkonflikt nicht geändert und gedenke dies auch in Zukunft nicht zu tun. Frankreich sei bereit, im Rahmen internationaler Abmachungen Garantien im Nahen Osten zu übernehmen.

AEGYPTEN NIMMT GEGEN JORDANIEN STELLUNG

Vor seiner Abreise soll Fahmi nach Berichten aus Kreisen des ägyptischen Aussenministeriums den amerikanischen Botschafter in Kairo zu sich gebeten haben. Im Rahmen dieser Unterredung soll der ägyptische Aussenminister erklärt haben, seine Regierung sei gegen eine erneute jordanische Oberherrschaft über allfällig von Israel freigegebene Gebiete auf dem Jordan-Westufer. Aegypten sei vielmehr der Ansicht, dass eine palästinensische Regierung über jeden Fussbreit von Israel zurückgegebenen Territoriums herrschen soll. In dieser Erklärung Fahmis wollen Beobachter eine Zusicherung Aegyptens an die Palästinenser sehen, die aufgrund der anlässlich des Besuches von Jordaniens König Hussein in Kairo abgegebenen gemeinsamen ägyptisch-jordanischen Erklärung befürchtet hatten, Aegypten unterstütz die Ansicht des jordanischen Herrschers, er und die PLO repräsentierten die Palästinenser bei allfälligen Friedensverhandlungen.

KLEINER ARABISCHER GIPFEL GEPLANT

Laut einer Meldung der halbamtlichen Kairoer Zeitung „Al-Ahram" hat sich Aegypten für zwei kleine arabische Gipfeltreffen ausgesprochen. In einem ersten Treffen Mitte August sollen Vertreter Aegyptens, Syriens und der PLO ihre Standpunkte aufeinander abstimmen, bevor in einem weiteren Treffen unter Einschluss Jordaniens die arabische Verhandlungslinien für die Genfer Nahost-Gespräche festgelegt werden.

ARAFAT IN WARSCHAU

Terroristenführer Yassir Arafat hat mit seiner PLO-Delegation die Sowjetunion verlassen und ist in der polnischen Hauptstadt Warschau eingetroffen. In einem Interview des sowjetischen Fernsehens erklärte einer der Delegationsführer, Abu Amar, dass die PLO mit dem Moskau-Besuch zufrieden sei. Amar hob weiter die Gemeinsamkeiten der palästinensischen Organisationen mit den kommunistischen Staaten, unter Führung der Sowjetunion hervor.

Genfer Zypern-Gespräche vor dem Abbruch

reite Phase der Genfer spräche ist ernstlich in nachdem gestern die beiitopponenten, die Re- Griechenlands und ei ihre bisherige harte noch verstärkt haben. lands Aussenminister erklärte erneut, seine werde nicht am 8. ur vorgesehenen zweierenzphase in Genf er- da die Gespräche so- keinem Ziel führten. Türkei den Waffenstillssachte. Mavirs erklärte weiter, seine Regierung trete für eine Vereinigung Zyperns mit Griechenland und für die Errichtung einer Föderativregierung auf Zypern ein. „Den Entscheid über die Zukunft Zyperns" so hielt Mavors ausdrücklich fest, „muss die zypriotische Bevölkerung aber selbst treffen."

TÜRKEI WILL GETRENNTE REGIERUNGEN

Die Türkei will getrennte Regierungen für griechische und türkische Zyprioten auf der Insel. Dies erklärte der türkische Ministerpräsident Ecevit in einem Interview mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „Time". Ecevit erklärte weiter, die Türkei und Griechenland könnten zur Zeit in der NATO nicht zusammenarbeiten, da sie gegeneinander feindselige Haltungen eingenommen hätten.

Auf Zypern versuchen gegenwärtig Delegierte der britischen Armee, der UNO-Truppen sowie Griechenlands und der Türkei Waffenstillstandslinien festzulegen. Zu diesem Zweck überfliegen sie die umkämpften Gebiete gemeinsam in Helikoptern.

Die Regierungen Griechenlands und der Türkei haben einander gegenseitig beschuldigt, für die bekanntgewordenen Massaker unter der Zivilbevölkerung verantwortlich zu sein. Beide Seiten warfen einander vor, den eigenen Truppen und den Angehörigen der Nationalgarde bei ihren Aktionen gegen Zivilisten nicht Einhalt zu gebieten.

USA VERSUCHEN ZU SCHLICHTEN

Der amerikanische Unterstaatssekretär für europäische Angelegenheiten, Arthur Hartmann, traf in Brüssel mit dem Führer der türkischen Minderheit auf Zypern, Rauf Denktasch zusammen. Hartmann soll Denktasch dem Vernehmen nach Vorschläge von US-Aussenminister Kissinger zur Beilegung der Krise um Zypern unterbreitet haben. Später flog Hartmann nach Zypern, um sich an Ort und Stelle über die Vorlänge zu informieren, bevor er in Athen mit Vertretern der griechischen Regierung zusammentreffen wird.

Zypern-Praesident Klerides gegen Aufteilung der Insel

Der regierende zypriotische Präsident, Klerides, hat sich gegen eine Trennung der Insel in einen griechisch-zypriotischen und einen türkisch-zypriotischen Teil gewandt. Klerides erklärte in einem Interview in einem Interview mit der französischen Zeitung „Figaro" er werde die Haltung seiner Regierung erst auf der Genfer Zypernkonferenz bekanntgeben.

Das Rote Kreuz in Genf teilte mit, dass die Türken zahlreiche griechische Bewohner der Gegend von Kyrenia aussiedeln. Dabei handelt es sich ausschliesslich um Frauen und Kinder, während das Schicksal der Männer unbekannt ist. Türkische Offiziere haben dem Roten Kreuz jeden Besuch der Gegend untersagt.

Auch während des ganzen gestrigen Tages wurde auf Zypern heftig gekämpft. Die Schiessereien mit leichten Maschinengewehr und schweren Geschützen konzentrierten sich auf die Gegend der Hauptstadt Nikosia und der Hafenstadt Kyrenia.

DIE LETZTEN 24 STUNDEN

- **Eine Delegation des westdeutschen Aussenministeriums** unter Leitung des Staatssekretärs Hans-Georg Sachs begab sich nach Damaskus, um über die Wiederaufnahme der vor neun Jahren abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zwischen der BRD und Syrien zu verhandeln
- **Saudien und Kuwait** wollen für insgesamt 13 Milliarden Dollar amerikanische Staatsanleihen ankaufen.
- **Indien** ist mit den sowjetischen Waffenlieferungen seit dem Ende des Krieges um Bangla Desch nicht zufrieden. Nach Meldungen des amerikanischen Geheimdienstes will die Regierung in New Delhi daher Flugzeuge und andere Waffen in Grossbritannien und Schweden kaufen.
- **Viktor Mekrasow**, der sowjetische Stalinpreisträger für Literatur, hat von der Sowjetregierung ein zwei Jahre gültiges Ausreisevisum in die Schweiz erhalten. Es wird angenommen, dass ihm eine Rückkehr in die Sowjetunion nicht mehr gestattet wird.
- **Kommunistische Truppen** haben südwestlich der zweitgrössten südvietnamesischen Stadt Da Nang zwölf Stützpunkte der Regierungstruppen erobert. Darunter befand sich eine von 200 Mann verteidigte Schlüsselstellung, nur 14 km von der Stadt entfernt.
- **In Japan** ereigneten sich schwere Unglücke an den Meeresküsten. Wenigstens 61 Personen sind ertrunken.

---

tiefer Trauer geben wir das Ableben meiner geliebten Mutter, Schwester und Grossmutter

Frau Klara SCHAUER

geb. Zwecker (Czernowitz — Suczower)

nt.

Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 6. August um 10.30 Uhr vormittags vom Rambam Hospital aus, em Friedhof Chof Hacarmel (Haupteingang) statt.

DIE TRAUERNDE FAMILIE

In tiefer Trauer geben wir Nachricht vom Ableben unteuren, unvergesslichen Vaters, Bruders, Onkels, agers und Cousins

Willy WEBER

(Mährisch-Ostrau, Prag)

der im Ausland plötzlich verschied.

Familie HANUSCH WEBER u. Frau
(Sohn u. Schwiegertochter)
Familie FRIEDHABER (Cousins)
DITA, JACKY u. MIKI Rosenthal
(Nichten)
die Geschwister und die Familie im Ausland

aus Israels PRESSE

VON STREIKS — BUDGETS UND DER REGIERUNG

Haarez beschäftigt sich mit den Beschlüssen des Kabinetts in bezug auf die Arbeitskürzungen der Rundfunk- und Fernsehtechniker und meint, es müsse unbedingt dafür gesorgt werden, dass man in diesen Fragen durchaus fest bleibe. Die israelische Staatsadministration steht hier vor einer Prüfung, die sie bestehen muss, wenn es ihre Absicht ist, zu verhindern, dass sich solche negativen Erscheinungen, wie „die Sanktionen" der Techniker in der Rundfunkbehörde, wiederholen oder auch ausbreiten. Denn es kann unbedingt passieren, dass wir dann einer Welle von Arbeitsunterbrechungen gegenüberstehen, die wir uns unter gar keinen Umständen leisten dürfen.

Al Hamischmar begrüsst die Grundlinie, die zur Zeit von der Regierung verfolgt wird, nämlich möglichst die Budgets auch der einzelnen Ministerien einzuschränken. Zugleich jedoch meint das Blatt, man solle nicht vergessen, dass die minderbemittelten Volksschichten ausserordentlich diskriminiert werden würden, wollte man dieses Prinzip auch bei Fragen wie Erziehung und Unterricht oder Gesundheit zur Anwendung bringen. Bei diesen Aspekten sollte dafür gesorgt werden, dass es keine Kürzungen im Budget gebe, da natürlich nur die minderbemittelten Familien bei diesen Massnahmen leidtragend sind.

Omer meint, es sei durchaus zu begrüssen, wenn heute die Regierung sich bemüht, dem Volke die Wahrheit zu erzählen. Man sollte daher nicht auf dem Standpunkt stehen, es werde zuviel gesprochen. Wenn ein Krieg möglich ist und wir uns auf diese Möglichkeit vorzubereiten haben, ist es selbstverständlich, dass seitens des Kabinetts alles getan werden muss, um der Oeffentlichkeit die Wahrheit zu sagen. Das ist nicht nur keine negative, sondern eine durchaus positive Erscheinung unserer Gegenwart, meint das Blatt zu dieser Frage.

DER NEUE GENERALSEKRETAER DER IAP

Dawar ist der Ansicht, dass die Wahl Sarmis zum neuen Generalsekretär der israelischen Arbeitspartei durchaus zu begrüssen sei. Es ist an der Zeit, dass eine dynamische Führung, die sich nicht zugleich mit einer Reihe anderer, ebenfalls wichtiger Probleme zu beschäftigen hat, dafür sorge, die Partei aus der nicht geringen Zahl von Schwierigkeiten herauszuholen, in denen sie sich, nach dem letzten Jahre, noch immer befindet. Krisen hat es in diesen Monaten zur Genüge gegeben, es ist aber nicht einzusehen, aus welchem Grunde nicht wieder ein Zusammenrücken eine feste Einheit der Partei bringen soll, wenn die richtigen Personen das mit dem richtigen Nachdruck durchführen.

ISRAEL UND JORDANIEN

Hamodia hält es für völlig belanglos, wie weit wirklich Treffen zwischen Golda Meir und König Hussein von Jordanien stattgefunden haben mögen. Das gilt für 1970 ebenso wie für heute. Klar ist schliesslich, dass Hussein nicht all das bekommen kann, was er erhalten will. Klar ist auch, dass wir ebenso Zugeständnisse zu machen haben, meint das Blatt.

Hazofe weist darauf hin, dass die Bevölkerung im Westufergebiet, aber auch sogar ihre Führer, durchaus dagegen Stellung nehmen, die Grenzen wieder hermetisch zu schliessen, keinen Kontakt mehr zwischen Israel und dem Westufergebiet zuzulassen. Die Leute haben nämlich verstanden, erklärt das Blatt, dass sie dann in eine recht unerfreuliche wirtschaftliche Situation zurückgleiten, die sie alle natürlich nicht wünschen können. Wir jedenfalls sollten erst mit Aegypten und Syrien die Gespräche weiterführen, und nicht Verhandlungen mit Jordanien anfangen.

El Al-Flug 358 aus Frankfurt landete trotz defektem Fahrwerk sicher in Lod

Ein schweres Unglück konnte in der Nacht zum Montag auf dem Ben Gurion-Flughafen in Lod verhindert werden. Flugkapitän Kafri konnte die Boeing, die mit 117 Passagieren und Besatzungsmitgliedern aus Frankfurt kam, trotz eines Defekts in dem Fahrwerk sicher aufsetzen. Dutzende Ambulanz- und Feuerlösch-Fahrzeuge sowie zwei Armee-Helikopter standen für den Katastrophenfall bereit.

Nach dem Flugplan sollte die El Al-Maschine am Sonntag um 2 Uhr nachmittags in Frankfurt starten. Wegen des Streiks in Lod verzögerte sich der Abflug bis etwa 6 Uhr abends. Als das Flugzeug um 11.45 Uhr nachts in Lod landen wollte, bemerkte Flugkapitän Kafri, dass sich die Vorderräder nicht ausfahren liessen. Er teilte dem Kontrollturm mit, dass er mit einer Bauchlandung rechnen müsse. Die Flughafenleitung rief sogleich höchsten Bereitschaftszustand aus und traf alle Vorbereitungen zur schnellsten Bergung von Verletzten im Falle eines Unglücks. Der Flugkapitän versuchte noch während einiger Runden über dem Flugplatz, den Defekt zu beheben. Nachdem ihm dies nicht völlig zufriedenstellend gelang, entleerte er über dem Meer einen Teil der Treibstofftanks, um so eine Notlandung zu erleichtern und die Explosionsgefahr zu vermindern. Sodann kehrte er nach Lod zurück und liess mit Hilfe von Scheinwerfern feststellen, ob die Räder nunmehr genügend ausgefahren waren. Es erwies sich bei dieser Untersuchung, dass eine Landung versucht werden könne. Gegen 1 Uhr nachts konnte die Boeing endlich aufsetzen. „Flug 358 aus Frankfurt ist angekommen", verkündete der Lautsprecher.

Die Passagiere lobten die grosse Fachkenntnis des Flugkapitäns und brachten ihm nach der gelungenen Landung stürmische Ovationen dar. 80 Minuten lang hatten sie sich für den Fall eines schweren Unglücks vorbereitet. Die Stewardessen hatten die Fluggäste zwar beruhigt, ihnen aber die gefährliche Situation nicht verheimlicht. Sie forderten von ihnen, die Schuhe auszuziehen und den Kopf auf Kissen zu lagern. Selbstverständlich hatten sie alle Vorbereitungen der Flughafenleitung für den Katastrophenfall bemerkt, was ihre Nervosität und Angst vermehrte. Aber das ruhige und besonnene Verhalten der Besatzung wirkte sich sehr wohltuend aus.

„Wir hatten befürchtet, dass sich unsere Angehörigen, die im Flughafengebäude warten, sehr um uns sorgen werden", erklärte ein Passagier dem Itim-Reporter. Wie sich jedoch nach der gelungenen Landung herausstellte, hatten die wartenden Angehörigen nicht geahnt, in welcher Gefahr sich das Flugzeug befand. Drei Angehörige einer Familie, die aus Frankfurt kamen und in Lod mit ihrem wenige Stunden zuvor aus Südafrika angekommenen Sohn zusammentrafen, wollen ein Dankgebet für diese Rettung aus höchster Gefahr in den Mittelpunkt ihrer viertägigen Pilgerreise nach Israel stellen. Andere Passagiere lobten das hohe Können der israelischen Piloten, denen man stets grösstes Vertrauen entgegenbringen dürfe.

Flugkapitän Chagai Kafri hatte tatsächlich schon einmal besondere Fachkenntnisse bewiesen, als die Frontscheibe einer Boeing 707, die er im Dezember 1972 nach Bukarest flog, über dem Gebiet der Türkei von einem „nicht-identifizierten Gegenstand" zerschlagen wurde.

NEUE VERKEHRSREGELUNGEN IM STADTZENTRUM VON JERUSALEM

Im Stadtzentrum von Jerusalem gilt ab kommenden Montag eine Reihe neuer Verkehrsregelungen, die im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme der „grünen Welle" getroffen wurden. Von diesem Tage an wird die Ben Jehuda-Strasse zur Einbahnstrasse erklärt, u. zwar von der Kreuzung mit der Histadrut-Strasse an im oberen Teil in Richtung zum Kikar Zion und im unteren Teil in Richtung zur King George-Strasse. Auch ein grosser Teil der übrigen Strassen im „Dreieck" des Stadtzentrums zwischen der Jaffa- und der Hillel-Strasse gelten als Einbahnstrassen. Zudem wird das Einbiegen an verschiedenen Kreuzungen untersagt. Um z.B. vom Stadtzentrum aus über die Jaffa-Strasse in die King George-Strasse zu gelangen, muss ein Umweg über die Newiim- und Strauss-Strasse in Kauf genommen werden. Auch von der Ben Jehuda-Strasse ist nur eine Linkseinbiegung in die südliche King George-Strasse gestattet.

Als nächstes Problem will die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit der Polizei und dem Verkehrsministerium eine Erleichterung der Stadteinfahrt zur Lösung bringen. Es ist vorgesehen, den Verkehr schon im westlichen Stadtrand auf Nebenstrassen abzuzweigen.

Zugleich ist eine Erweiterung des städtischen Autobusnetzes vorgesehen. Eine neue Linie soll von den nördlichen Wohnvierteln über das Stadtzentrum zur Egged-Zentralstation führen.

Kaffee und Te[e] werden teure[r]

Die Verbraucherpreise [...]lichen Kaffee erhöhten s[ich um] 13.5% und für Tee in [...] Säckchen um 15.7%. Die [...]liche Preiskommission h[at die] Verteuerungen bereits gen[ehmigt,] die endgültigen Preise [sind] noch nicht festgesetzt. [...]ten sich aber folgende Verbraucherpreise ergebe[n:]

Löslicher Kaffee (Er[...] „Elite") in der 56 g-Dose [...] IL (statt 2.30 IL) und [...] 227 g-Büchse — 10.38 I[L (statt] 9.15 IL). Eine Packung [...] Tee-Beuteln im Gewicht [...] 1 g (Erzeugnis „Wis[...] dürfte 1.23 IL (statt 1.06 [IL),] eine solche mit 50 Tee-[...] 2.43 IL (statt 2.10 IL) k[...]

MUSEUM AUF D[EM] MUNITIONSHUEG[EL]

Die Gedenkstätte f[ür den] Sechstagekrieg auf dem [„Muni]tionshügel" im Ramat [...] Viertel von Jerusalem w[ird nicht] mehr errichtet. Der Ba[u des] Museums nach dem Entw[urf der] Architekten Idelson und [...] musste, vor eineinhalb [...] aufgeschoben werden, [...] eine 2.000 Jahre alte [...]le entdeckt wurde, die [...]daniern als historische [...] gilt.

Erstmals: Umfassender Bauplan für den Karmel

Keine weiteren Hochhaeuser auf dem Bergplateau — Promenadenstrasse von 4.5 km Laenge vorgesehen

(AS) — Ein General-Richtplan für die zukünftige Gestaltung des Karmelplateaus in Haifa, der im Auftrage der Stadtverwaltung in anderthalbjähriger Arbeit konzipiert wurde, ist gestern in öffentlicher Sitzung den Stadträten und dem Haifaer Publikum im Rathaus vorgelegt worden. Den Plan erläuterte Architekt **Prof. A. Mansfeld**, der gemeinsam mit seinem Teilhaber Hawkin dem Planungsteam angehörte. Andere Mitglieder waren Stadtingenieur Josef Cohen, Lea Grünberg von der Planungsabteilung, Zilla Miller, M. Blum und die Verkehrsberater Ard und Dr. Gatt. Wie die Stadtverwaltung betont, ist es das erste Mal in der Welt, dass eine Stadt einen General-Richtplan zum Schutz für ihre Bergsilhouette in Auftrag gibt. Weder Neapel noch Rio de Janeiro haben dies rechtzeitig unternommen. Die öffentliche Debatte über den Plan ist auf Initiative von Bürgermeister **Josef Almogi** zurückzuführen. Sie wurde seinerzeit auch von Stadtrat Dr. Dov Laufer (Likud) vorgeschlagen.

Nach dem Vorschlag der Architekten und anderen Planer sollen auf dem **Karmel-Plateau keine weiteren Turm-Hochhäuser** errichtet werden, mit Ausnahme der bereits bewilligten Projekte (Federmann, Pritzker). Hingegen soll die Silhouette „ausgeglichen" werden, indem weitere Bauten in der Höhe des „Dan Carmel" und des neuen Hotel „Nof" — mit nicht mehr als 8 bis 10 Stockwerken — errichtet werden dürfen.

Vorgesehen ist weiter die Einrichtung einer **Promenade von 4½ km Länge und 30 Meter Breite** von „Ramat Hadar" bis zum Karmeliterkloster, wobei das Strassenniveau sich stellenweise bis zu 12 Meter über das Niveau der Fahrbahn erheben soll. Diese Promenade soll von Cafés, Kunstgalerien und Erholungsstätten gesäumt sein und nicht nur für Fremde, sondern auch für die Haifaer ein Unterhaltungszentrum werden.

Verteidigungsministerium betreut die Terroropfer

Das Verteidigungsministerium und nicht mehr die Nationalversicherung werden in Zukunft die Opfer von Terroranschlägen unter der Zivilbevölkerung betreuen — beschloss die Arbeitskommission der Knesset. Die Durchführung dieses Beschlusses wird jedoch erst im Sommer des kommenden Jahres möglich sein.

Es dürfte in Israel etwa 1.000 Personen geben, darunter Männer und Frauen aller Altersstufen, die bleibende Schäden infolge von Terroranschlägen erlitten. All ihre Forderungen auf ärztliche Betreuung und wirtschaftliche Hilfe in Form von Ueberbrückungsanleihen, Entschädigungen und Pensionen sollen nach dem Inkrafttreten dieser Regelung in der gleiche[n Weise] erfüllt werden, wie es [bei] verwundeten Militärange[hörigen] der Fall ist.

Die Terroropfer hatte[n] vor einiger Zeit einen A[usschuss] gebildet, an dessen Sp[itze die] Schauspielerin Channa [...] steht, die bei einem T[erroran]schlag in München schw[er ver]letzt wurde. Die Forder[ung die]ses Ausschusses auf Be[treuung] der Opfer durch das V[erteidi]gungsministerium fand je[doch zu]nächst kein Gehör. Na[ch dem] Jom Kippur-Krieg, der [...]nisterium zur Betreuung zusätzlicher Kriegsverw[undeter] verpflichtete, schienen d[ie Aus]sichten auf Beantwortun[g der] Forderung noch mehr zu [...] Nach Ablauf eines weiter[en Jah]res wird aber das Vertei[digungs]ministerium auch diese [...]arbeit übernehmen könne[n. Eine] angemessene Regelung [der] Forderungen wird scho[n] vorbereitet.

Verfahren zur Feststellung der Ehelosigkeit von Kriegswitwen nahezu abgeschlossen

Das Sonder-Rabbinatsgericht zur Feststellung der Ehelosigkeit der Kriegswitwen hat inzwischen die meisten Anträge bearbeitet. Nur etwa 50 Anträge von Gattinnen der Gefallenen des Jom Kippur-Krieges sind noch nicht entschieden.

Bei diesen Verfahren lassen die Mitglieder des Sondergerichts, die beiden Oberrabbiner Goren und Josef sowie der Militär-Rabbiner Aluf Piron und sein Stellvertreter, besondere Grosszügigkeit bei der Anerkennung von Zeugenaussagen walten. Es wurde z.B. der Tod eines Soldaten bestätigt, über den ein anderer Frontkämpfer nur auszusagen wusste, dass er diesen schwerverwundet aufgefunden hatte, aber nicht bergen konnte. Bei der Identifizierung der Gefallenen begnügte sich das Sondergericht mit der Angabe besonderer Kennzeichen, die in den Personalbeschreibungen eingetragen sind und mit der Auffindung der Identitätskarte beim Gefallenen.



Zahals ferngelenkter Traktor

Militaerpflicht der Jeschiwa-Studenten duerfte nochmals zur Debatte kommen

Die Frage der Verpflichtung von Jeschiwa-Studenten zum Militärdienst kommt vielleicht in Kürze nochmals zur Beratung.

Die Jeschiwa-Studenten waren aufgrund interner Koalitionsverhandlungen in den Tagen der Staatsgründung von der Leistung des Militärdienstes freigestellt. In Anbetracht des fühlbaren Personalmangels dürften jedoch die Militärbehörden jetzt einen Verzicht auf dieses Zugeständnis fordern. Es handelt sich immerhin um 6.000 bis 8.000 Jugendliche, die Zahal fehlen. Möglicherweise wird den Jeschiwa-Studenten zugestanden, ihren Militärdienst im Rahmen von religiösen Nachal-Einheiten in landwirtschaftlichen Siedlungen zu leisten.

Die Militärbehörden wissen zu würdigen, dass viele Jeschiwa-Studenten auf die ihnen zugesicherte Freistellung verzichtet hatten. Nicht wenige von ihnen hatten während des Jom Kippur-Krieges an den Kämpfen im Sinai und im Golan teilgenommen und besondere Belobigung durch ihre Offiziere erhalten.

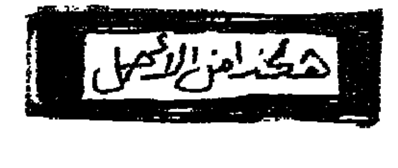
Rafi-Fluegel begruesst Verzicht auf Gruppenbildung in der IAP

Der Rafi-Flügel hat den Mapai-Vorschlag zur gemeinsamen Beratung über einen Verzicht auf die Gruppenbildungen innerhalb der Arbeitspartei begrüsst.

Die beiden Minister, die Knessetabgeordneten, die Mitglieder des Koordinierungsausschusses d. Histadrut und des Parteisekretariats, die dem Rafi-Flügel angehören, waren im Büro des Verkehrsministers Gad Jaacobi zusammengetroffen und hatten den Vorschlag des Erziehungsminisers Aharon Jadlin gutgeheissen. Sie kamen darin überein, dass der Mapai-Flügel, der die Mehrheit innerhalb der Arbeitspartei bildet, bei internen Wahlen nicht als selbständige Gruppe auftreten soll, wie im Falle einer Beibehaltung oder gar Erneuerung der Gruppenbildung zu erwarten wäre.

MdK Mosche Dayan schloss sich dieser Auffassung an, forderte jedoch, über eine Auflösung des Rafi-Flügels erst zu beschliessen, nachdem auch die anderen Gruppen klare Schritte in dieser Hinsicht unternommen haben. Einstweilen könne er noch nicht davon überzeugt sein, ob die Mapai es dieses Mal wirklich ernst mit ihrem Vorschlag meint, fügte er hinzu. Die Minister Peres und Jaacobi stimmten dieser Einschränkung auf dem Wege zur Auflösung der Gruppenbildung zu.

Bei der Abstimmung über die Person des neuen Parteisekretärs, wofür Meir Sarmi als sicherer Kandidat der Mehrheit gilt, wird den Angehörigen des Rafi-Flügels volle Meinungsfreiheit zugebilligt.



CHRONIK der Karmelstadt

ELDZUG GEGEN SALMONELLA

Von ALICE SCHWARZ

urm im Wasserglas, oder im Kochtopf der Haibeiterküchen, den die :hafts-Publikation „Bet-" (Haus der Arbeiter) schwor, ist noch keinesüber. Die Reporter der leisteten, wie bereits gute Detektivarbeit. :en untragbare Zustängen grossen Werkkan-. Man kann nur hoffen, h andere Städte dem Beispiel folgen werden. it Sicherheit anzunehs auch anderswo viele inen sehr zu wünschen en.

ifaer Zeitschrift unter-Zustände in den Werkeiniger grosser Unterbei der Elektrizitätsgein den elektronischen SDSI. „Monsal", „Elscint", „Hamegaper" und im Haifaer Haigen Kantinen sind die nehr oder weniger tragnderen aber wurden gedeckt, die unhaltbar, vielleicht für heutige symptomatisch sind. llgemeinen Gleichgülbezug Sauberkeit sen, Sauberkeit der der Städte etc. muss über die Situation in terküchen auch nicht

der Elektrizitätsgesell-Angestellte schwerste ftungen erlitten, so sehr einleuchtende In der geräumigen sen täglich 500 Arbeisie taten es vielmehr, -Salmonosis-Zwischen-200 Angestellten, die tionen durch Salmorien erkrankten, brinetzt meist — ihre eidwiche mit ... Viele können die schrecklihkrämpfe, verbunden chen, Durchfall und ber, nicht so schnell

rt von Lebensmittelfesselt den Patienten s vier Tage ans Bett. zuweilen sogar 10 m und in besonders ällen sogar — tödlich schon kurz berichtet, ei Angestellte suspenich als Krankheitsträn, obwohl sie selbst waren. Sie hatten heimlich nach Benuttoilette nicht die Hänen, und so waren die den „türkischen Sat.

E MÜLLEIMER RMER PUDDING

ittler der Arbeiterzeitlten Dinge fest. die ulande an vielen Orind, ohne dass bisher danach krähte oder e deswegen eine Hand vielen Werkskantinen, in manchen Restaut man nicht darauf, Speisen heissgehalten sen. Sie dürfen nicht s 80 Grad auskühlen, t einen idealen Nährgiftige Bakterien darso dürfen kalte Speialate, Puddings und cht wärmer als bei d darunter bis zum ufbewahrt werden. In en Grossküchen lässt er bis zum Servieren en Küchentischen stelr die Bakterien eine elegenheit zur Massenvergiftung bietet. Sogar in einem Riesentopf für 1000 Portionen können sich bei der richtigen „Bruttemperatur" die Schädlinge in kurzer Zeit derart vermehren, dass es zu Massenvergiftungen kommt. Von den Unannehmlichkeiten für die Betroffenen ganz abgesehen, muss man dann mit



Arbeiter in Haifaer Werkskantine: Sozialleistung oder Lebensgefahr?

riesigen Verlusten an Arbeitsstunden und -tagen rechnen.

In manchen Grossküchen ist man nicht darauf eingerichtet, die „Abfütterung" einiger hundert Arbeiter innerhalb der halbstündigen Essenspause in hygienischer Weise durchzuführen.

In der Elektrizitätsgesellschaft gibt es zwar in der Werksküche hochmoderne Riesenkühlkästen, Tiefkühltruhen und Warmhalte-Anlagen. Doch die Ermittler entdeckten im Hinterhof ein Stilleben: ein grosser offener Müllbehälter (Wägelchen) steht dort in einer Entfernung von nur wenigen Metern von der Küche ... Ausserdem erhalten die Arbeiter zwar abwechslungsreiches und wohlschmeckendes Essen, jedoch nur 80 Gramm Fleisch, was für einen Schwerarbeiter keineswegs ausreicht.

KEIN VERSTÄNDNIS FÜR HYGIENE

Eine der interessantesten Befunde der Ermittlung liegt in der Erkenntnis, dass die Arbeiter selbst recht wenig Wert auf Sauberkeit zu legen scheinen ... „Schmutz reinigt den Magen!" scheint ihr (veralteter) Grundsatz zu sein. So erklärten denn auch 62% der Arbeiter in den Betrieben, die von den Reportern besucht wurden, dass sie schmackhaftes und gutes Essen in einer unsauberen Küche dem weniger guten Essen in einer saubern Küche vorziehen. Nur 38% der Arbeiter erklärten, dass sie sich mit weniger schmackhaften oder ausgewählten Speisen zufrieden geben würden, die aber in einer sauberen Küche zubereitet wurden.

Hier muss in erster Linie eine intensive Erziehungsarbeit einsetzen. Die Arbeiter wissen nämlich sehr wohl im Notfalle eine ihnen nicht zusagende Kantine zu boykottieren. Bei „Hamegaper" z. B. essen nur 175 von den 350 Angestellten täglich in der Werksküche, — nur weil aus Etatgründen nicht streng koscher gekocht wird.

Im Hafen, wo 2 200 Personen permanent beschäftigt sind, ausserdem 300 bis 700 Saisonarbeiter, ist die Kantine viel zu klein. Sie hat Platz für nur 100 Personen ... Auch diese Küche entspricht nicht den sanitären Vorschriften. Mülleimer stehen offen neben der Küche, was eine bequeme Gelegenheit zur Übertragung giftiger Bakterien darstellt. Doch die Arbeiter scheint das wie gesagt nicht sehr zu stören.

Anderer Ansicht ist das Gesundheitsministerium, nachdem auch in den elektronischen Fabriken am Schemenufer 53 Magenvergiftungen zu verzeichnen waren. Obwohl hier gutes, koscheres Essen aus dem Kibbuz Nir Etzion angeliefert (und den Arbeitern für nur IL 1.55 pro Mahlzeit stark subsidiert abgegeben wird), kam es zu den Vergiftungen. Das Essen war nämlich nicht genügend warmgehalten worden: unter 80 Grad Celsius.

Das Gesundheitsministerium fordert jetzt dringend die Einstellung eines eigenen Kantinenarztes, einer Sanitätsaufsichtsschwester, sowie die Einführung von hygienischer Anleitungen für das Küchenpersonal. Viel Wasser, Seife und Detergentien, plus viel mehr Sorgfalt und Rücksicht könnten auch nicht schaden!

EHEMALIGE KRIEGSGEFANGENE — AM TECHNION

Eine Reihe von Soldaten, die in arabischer Kriegsgefangenschaft weilten, haben begonnen, am Haifaer Technion ihre Studien fortzusetzen — oder aufzunehmen.

Wie der Vizepräsident für akademische Fragen, **Prof. Jakob Baer**, kürzlich mitteilte, haben sich vier der jungen Leute, die 8 Monate im syrischen Gefängnis verbrachten, im letzten Monat der Studentenschaft angeschlossen. Zwei von ihnen, Josef Weiss und Amiram Marcus, waren vor dem Krieg aufgenommen worden und konnten jetzt endlich bei den Vorlesungen erscheinen. Zwei andere, die beide am Hermon bei Kriegsbeginn überrumpelt wurden, nehmen an einem intensiven Vorbereitungsprogramm teil. Es sind dies Gideon Ehrenhalt, 21 (Haifa) und Jachek Stalazewski, 20, auch aus Haifa. Aus Ägypten heimgekehrt sind Eran Jakobi, der nach vorzüglich bestandener Aufnahmsprüfung Architektur studieren will, und Rafael Eldan aus einer Entwicklungsstadt im Negew, der Industrie-Management studiert, aber auch gleichzeitig an einem „Auffrischerkurs" teilnimmt. Der Pilot Gabi Gerson, der in Syrien in der Haft ein Bein verlor, will im nächsten Jahr — nachdem er den versäumten Lehrstoff nachholte — sein Architekturstudium fortsetzen.

Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes

FRAGE: Kann die Gattin verpflichtet werden zuerst eine Wohnung zu mieten und erst dann die Rückerstattung des Mietsbetrages von ihrem Ebegatten zu fordern? Kann bei Festsetzung des Betrages, den der Gatte seiner Frau als Alimente zu bezahlen hat, der Umstand berücksichtigt werden, dass die Gattin durch ihre Schwester unterstützt wird?

ANTWORT: Das Recht der Gattin und der ihr zwecks Betreuung und Erziehung anvertrauten minderjährigen Kinder von dem Gatten und Vater Alimente zu fordern, enthält auch die Eindeckung der Wohnungskosten. Daher kann die Entrichtung der Wohnungskosten, die der Gattin gebühren, nicht aufgeschoben werden, bis die Gattin sich vorerst eine Wohnung gemietet hat. Der Umstand, dass die Gattin durch ihre Schwester unterstützt wird, kann bloss bei Feststellung des Alimentenbetrages für die Vergangenheit, nicht aber auch für die Zukunft berücksichtigt werden. Was die Vergangenheit anbelangt, ist es zu überprüfen, ob eine Absicht der Person, von der die Unterstützung kommt, nachgewiesen werden kann, die Rückerstattung der geleisteten Unterstützungsbeträge zu beanspruchen.

(Zb. Nr. 328/72 U. Bd. 27.2.17 S. 470 ff.).

FRAGE: Nachdem die Eheleute getrennt gelebt haben, kam es zwischen ihnen zu einem Vergleich, wobei sich der Ehegatte, u.a., verpflichtet hat, den 13-jährigen Sohn seiner Frau bis zu der Beendigung von dessen Hochschulstudien finanziell zu unterhalten. Kann der Gatte die Alimentenzahlung an diesen Sohn verweigern, unter dem Vorwand, dass laut Gesetz einer grossjährigen Person bloss dann ein Recht für Alimente zusteht, falls diese aus gesundheitlichen oder anderen, von ihrem Willen unabhängigen, Gründen nicht im Stande wäre, sich selbst zu erhalten?

ANTWORT: Nein, denn das Gesetz ermöglicht dem Gericht jedes zwischen den prozessführenden Parteien erzielte Abkommen zu genehmigen, also nicht nur in Fällen, wo die Alimentenleistung einer gesetzlichen Pflicht entspricht, *sondern auch dann*, wenn so eine Verpflichtung durch die betreffende Partei aus eigenem Willen übernommen wurde.

(Zb. Nr. 548/72 U.Bd. 28.1.27 S. 748 ff.)

★

FRAGE: Im Scheidungsverfahren vor dem Rabbinatsgericht vereinbarten die Eltern, dass die Mutter die Kinder erhalten wird. Kann die Mutter nachträglich den Vater dennoch für Alimente zu Gunsten der Kinder belangen?

ANTWORT: Ja, insofern die Mutter es zu beweisen vermag, dass ihre eigenen Mittel nicht hinreichend sind, um die Kinder erhalten zu können, da das Scheidungsverfahren das Recht der Kinder, von ihrem Vater unterhalten zu werden, nicht beeinträchtigen kann. Das im Scheidungsverfahren unterschriebene Abkommen bleibt jedoch für die Mutter bindend. Die Behauptung, dass sie das Abkommen unter Zwang unterschrieben hat, da ihr Gatte sonst in keine Scheidung eingewilligt hätte, ist nicht stichhaltig. Dies weil:

(1) die Gattin diese Behauptung nicht sogleich nach Vollzug der Scheidung geäussert hat,

(2) weil ein Abkommen nicht widerrufen werden kann, nachdem die Gegenpartei dessen Bestimmungen erfüllt hat,

(3) weil weder Geldnot, noch Mangel eines anderen Ausweges und umso weniger das Interesse sich zu scheiden als Nötigung betrachtet werden können, die den Widerruf eines unterschriebenen und gerichtlich genehmigten Abkommens zu rechtfertigen vermag.

Deshalb war dem Vater das Recht vorzubehalten, die als Alimentenleistung für die Kinder bezahlten Beträge von der Mutter zurückzufordern, falls sich deren materielle Lage entsprechend bessern sollte.

(Zb. 162/73 U.Bd. 27.3.21. S. 582 ff.)

Informationszentrum hilft sowjetischen Olim:

Informationsmaterial erscheint in russischer Sprache

Von AWIGDOR YESHA

Wehmütig erinnern sich die „Jeckes" der nicht so guten alten Zeiten um die Dreissigerjahre, als sie ins Land einwanderten. Sie konnten die neue „ach, so schwere hebräische Sprache" nicht erlernen. Gut gedenke ich des 50-jährigen Mannes, der sich seiner Unkenntnis der Sprache schämte und mit „Ken, Ken" antwortete, wenn ihn jemand hebräisch ansprach. Er liess seinen Gesprächspartner ruhig in der ihm unverständlichen Sprache einige Sätze weiterreden, um plötzlich in deutscher Sprache eine Frage einzuwerfen. Sehr oft kam es vor, dass der Gesprächspartner in Deutsch oder Jiddisch weitersprach und garnicht merkte, dass sein Gegenüber von seinem anfänglichen hebräischen Redeschwall kein Wort verstanden hatte.

Besser ergeht er heute den sowjetischen Einwanderern. Irgendwie erinnern sie dennoch mit ihren Problemen an die „jeckische Alija" von dazumal. Vor allem, wenn es um die Frage der gesellschaftlichen Integration mit der seit Jahren sesshaften hiesigen Bevölkerung, mit dem „alten Jischuw" geht.

Informationsminister Jariw traf vor einigen Tagen mit dem Vorsitzenden des sowjetischen Einwandererverbandes, **Jizchak Mars**, mit dessen Stellvertreter **Grisha Feigin** und mit dem Generaldirektor des Verbandes, **Dani Blodsch**, zusammen. Die Vertreter des Verbandes führten zahlreiche Beschwerden. Sie klagten über gesellschaftliche Isolation, über Sprachschwierigkeiten und andere Sorgen, die diesmal nichts mit finanziellen Fragen zu tun hatten. Der Informationsminister kam ihnen entgegen. Abmachungen wurden getroffen, die erstaunliche Resultate zeitigten. Das Informationsministerium wird die Neueinwanderer über verschiedene Themen im Zusammenhang mit politischen Problemen des Landes informieren. Das Informationsmaterial wird auf Forderung des Einwandererverbandes in russischer Sprache herausgegeben werden. Ausserdem wird das Informationsministerium eine grossangelegte Informierungskampagne im „alten Jischuw" einleiten, um die gesellschaftliche Integration, den trennenden Abgrund zwischen den Veteranen und den „Grünen" zu überbrücken.

Alte Jeckes könnte der Neid packen. Bis zum heutigen Tage hat es so etwas bei uns nicht gegeben. Wer nicht hebräisch versteht, kann eben keine Rundfunk- oder Fernsehnachrichten hören. In allen Sprachen, nur nicht in deutscher Sprache werden Nachrichten gesendet. Dafür hat der „Jecke" das Vergnügen, in den Morgenstunden und nachmittags dem deutschsprachigen Programm von Radio Kairo auf der Mittelwelle zu lauschen. Dort bekommt er sogar deutsche Lieder aus Jugendzeiten wie „Am Brunnen vor dem Tore" oder „Die Forelle" serviert.

Man freut sich aber, dass wenigstens eine deutschsprachige Zeitung erscheint. Sie hat einige Vorteile. Einer der „Vorteile" ist es, dass der Leser wenigstens im Vergleich zu seinen nicht-jeckischen Mitbürgern, die hebräische Nachrichtensendungen hören, die Namen ausländischer Persönlichkeiten im richtigen Akzent erfährt. Das Wort „Münchengladbach" anstatt München-Gladbach kann man einem Hebräisch sprechenden Menschen noch verzeihen. Zwischen einem „ü" und „ö" ist eben schwer zu unterscheiden. Aber der Ansager im Rundfunk müsste doch die Unterschiede kennen. Selbst bei Reklamen sollte er nicht das Wort „Bauknecht" mit einem „ch" wie der Beginn des Wortes „Chaluz" aussprechen, sondern richtig Bauknecht sagen. Sogar bei prominenten Namen kommen immer wieder Fehler vor, die fast beleidigend sind. Unlängst sagte der Ansager im Rundfunk einige Male „Bate Klarfeld" anstatt Beate Klarsfeld. Der Beispiele gibt es eine unendliche, manchmal belustigende Fülle. Obwohl der Verfasser persönlich bei diesen „Fehlern" nicht zum Lachen zu bringen ist. Im Ausland gilt es im Rundfunk als unverzeihlich, wenn der Ansager einen Namen falsch ausspricht, besonders, wenn es sich um einen Ausländer handelt. Das könnte sogar diplomatische Verwicklungen geben.

Vor einiger Zeit traf ich mit russischen Neueinwanderern zusammen. Sie wussten nicht, was wir „Jeckes" einst durchgemacht haben. Wie man uns an den breiten Hosen zog, die wir anhatten, als wir einwanderten. Wie man uns auslachte, als wir uns nicht verständigen konnten. Und wie boshaft die Mitmenschen waren, um sogar „Fahr zurück zu Hitler" zu schreien, wenn sie wegen einer unschuldigen Frage in deutscher Sprache in Rage gerieten. Warum erzählte ich das den „Russen", pardon, den jüdischen Sowjeteinwanderern? Nur um sie zu trösten und zuversichtlich zu machen. Um ihnen zu beweisen, dass man Geduld haben muss, dass das von ihnen so höhnisch ausgesprochene erste hebräische Wort „Sawlanut" tiefe Bedeutung hat.

Es wäre aber an der Zeit, dass wir tatsächlich mehr für unsere jungen Einwandererfreunde tun. Man kann sie einladen oder zu ihnen fahren, mit ihnen freundschaftliche Beziehungen anknüpfen, wo immer man sie trifft. Sie dursten nach Freundschaft. Sie fordern gesellschaftliche Beziehungen. Aber viele wurden bereits enttäuscht. Als letzthin bekannt wurde, dass drei russische Einwandererfamilien in Aschdod vor dem Gebäude der Stadtverwaltung einen Sitzstreik abhalten, weil sie keine Eigenwohnung bisher bekommen haben und in einer gemieteten wohnen, erhielten sie die Antwort: Ihr müsst euch gedulden. Zahlreiche russische Einwanderer haben das *Land verlassen. Ihre neuen Wohnungen* in Aschdod stehen euch in einigen Wochen zur Verfügung. Das Gesetz verlangt, dass man sechs Monate nach Abreise des Ole's warten muss, bevor die Wohnung an einen anderen Neueinwanderer weitergegeben wird.

Also fahren viele weg. Sie kamen nicht, um wegzufahren. Jeder von uns trägt die Schuld daran, wenn sie unzufrieden sind. Man sollte dem Informationsminister mitteilen, dass die Herausgabe von Informationsmaterial in russischer Sprache der gesellschaftlichen Integration nicht die Wege ebnen wird. Dazu gehört mehr. Und wir „Jeckes" könnten aus eigener Erfahrung gute Ratschläge erteilen.

KURZER KOMMENTAR

DER ISRAELI UND SEIN FUEHRERSCHEIN

Mehrere Dutzend Personen sind verhaftet und verhört worden. An die tausend Fälschungen hat man festgestellt. Einwanderer aus der Sowjetunion, die niemals am Steuer gesessen hatten, erwarben gefälschte Führerscheine aus Mütterchen Russland, um hier nicht noch einmal die Prüfung machen zu müssen, um den „mitgebrachten" Führerschein gegen den israelischen umzutauschen. Unerhört, natürlich. Das ist ein Verstoss gegen das Gesetz. Das muss geahndet werden.

Der Oleh aus der Sowjetunion aber, der das nicht so machte, der hier seinen Fahrlehrer nahm, seine vielen Fahrstunden absolvierte, die man von ihm verlangte — *für den Vorzugspreis* von IL 35 pro 40 Minuten, also zehn Dollar die volle Stunde, keine Kleinigkeit, erfährt nun zu seiner Freude, dass er drei Monate warten muss, bis er seinen Test machen, bis die Fahrprüfung stattfinden kann. Natürlich erfährt das nicht nur der Oleh, der ehrlich ist, sondern auch jeder andere Israeli, der ehrlich sein muss, weil er anders nicht zu seinem Führerschein kommt. Also muss er, hat er endlich soweit zuende gelernt, in drei Monaten, also zwölf Wochen, sagen wir, zweimal pro Woche, Unterricht weiternehmen, da er ja nichts vergessen will. Das erhöht die Kosten. Das er*höht auch Einnahmen*. Man fragt sich manchmal, ob das alles wirklich nur auf Zufall beruht.

Denn, fragt man die Beamten im Verkehrsregistrierungsamt, es gibt nicht genug Fahrprüfer, man kommt bei der heutigen Nachfrage nicht nach, es lässt sich eben nichts machen. Klar, dafür haben wir ja Verständnis. Der Israeli hat immer Verständnis, besonders dann, wenn er, wie stets, gerupft wird. Der junge Verkehrsminister ist zwar, und zwar mit Recht, mit unserer Gesellschaft und ihren Mängeln stark beschäftigt, aber vielleicht könnte er sich einmal den unglaublichen Skandal der Zustände um die Fahrprüfungen im Lande Israel näher betrachten. Denn es ist nichts anderes als ein Skandal, der zum Himmel stinkt.

Wer nämlich bereit ist, sich um, sagen wir, zehn Uhr abends am Tor des Misrad Harischui, des Verkehrsamtes also, niederzulassen, die ganze Nacht dort zu verbringen, am Morgen erster, oder, wenn er Pech hat, dritter, fünfter, vielleicht sechster zu sein, der hat die entfernte, die mögliche Aussicht, für die nächsten Tage einen Prüfungstermin zu bekommen. Ei*ne Aussicht ist das, nicht mehr*, es kann auch geschehen, dass er umsonst Nachtwache gemacht hat. Er hat Hunderte, vielleicht Tausende von Pfunden ausgegeben, bis er soweit gekommen ist. Er muss eine Unsumme hinlegen, will er ein Auto erwerben, er muss 272 IL bezahlen, um seine Fahrprüfung zu machen. Die Unsumme beim Auto geht in die Staatskasse. Der Bürger, der ein Auto lenken will, wird nicht mehr nur gerupft. Er wird ausgenommen.

Leider scheint in der letzten Zeit unter jenen, die sich diesen unglaublichen Zuständen unterwerfen müssen, kein Anwalt gewesen zu sein. Denn es wäre doch sehr interessant zu erfahren, was das Oberste Gericht, bei einer Order Nisi in dieser Sache, wobei die völlige Missachtung der bürgerlichen Grundrechte bei weit übertriebener Zahlungsaufforderungen die Hauptrolle spielen, beschliessen würde. Wahr ist, dass etwas geschehen muss. Der Israeli hat es nicht nötig, diesen Skandal bei der Führerscheinerlangung auch weiterhin unwidersprochen und leidend hinzunehmen.

Oesterreichs Aussenminister Bielka-Karltreu :

Vom KZ-Häftling zum Aussenminister

Dr. Erich Bielka-Karltreu hat die Nachfolge des neuen Bundespräsidenten Dr. Rudolf Kirchschläger als Österreichs Aussenminister angetreten. Der 66jährige Berufsdiplomat, gebürtiger Wiener, gehört dem österreichischen diplomatischen Dienst schon seit 1935 an, verlor aber 1938 seine Stellung, wurde wegen antinazistischer Haltung ins KZ Dachau eingeliefert, lernte auch sonst verschiedene Gefängnisse des Nazireichs kennen, bevor er 1945 wieder in den auswärtigen Dienst zurückkehrte. Er vertrat sein Land in Bern, war in den Jahren 1947—48 Geschäftsträger Österreichs in Kairo, dann Botschafter in Ankara und zugleich im Iran und Afghanistan akkreditiert. Im Jahre 1958 wurde er zum Leiter der wirtschaftspolitischen Sektion im Bundeskanzleramt und im Aussenministerium bestellt und war in dieser Funktion massgeblich an der Ausarbeitung des EFTA-Vertrages beteiligt. 1962 wurde er Generalsekretär im Aussenministerium, 1967—72 Botschafter in Bern und von 1972 bis vor seiner am 8. Juli 1974 erfolgten Ernennung zum Aussenminister österreichischer Botschafter in Paris. Dort erreichte ihn auch jener Telefonanruf des Kanzlers Kreisky, in dem ihm seine Ernennung zum Regierungsmitglied bekanntgegeben wurde.

Der Beschluss Dr. Kreiskys, den vor seiner Pensionierung stehenden parteilosen Karrierediplomaten zum Nachfolger Kirchschlägers zu bestimmen, löste allgemeine Überraschung aus. In den Gremien der regierenden Sozialistischen Partei war man zunächst wenig vom Vorschlag des Parteichefs begeistert, den Sohn eines k.u.k. Hofrates und Aristokraten (dessen Name einst Bielka von Karltreu lautete) mit dem hohen Amte zu betrauen. Die Kandidaten für den Aussenminister-Posten waren bis dahin der ehrgeizige, junge österreichische UN-Botschafter Dr. Jankowitsch und der Sprecher der SPÖ für auswärtige Angelegenheiten, Karl Czernetz.

Aber Kreisky war anderer Meinung. Seine Entscheidung für Bielka rechtfertigte er nach aussenhin damit, dass es sich um eine Ernennung bis zum Ende der Amtsperiode der gegenwärtigen Regierung, also bis Herbst 1975 handelt und es wäre sinnlos für eine verhältnismässig kurze Zeit einen so vielversprechenden Mann wie Jankowitsch zu "verbrauchen", der immerhin eine wichtige Mission bei der UNO zu erfüllen habe. Tatsächlich war es Kreisky, der die Gerüchte um die bevorstehende Ernennung Jankowitschs in Umlauf setzte, um hinter diesem Rauchvorhang in aller Ruhe ein höchst kompliziertes und raffiniertes politisches Manöver vorzubereiten. Die Gerüchte rund um Jankowitsch haben für die erwünschte Ruhe am linken Flügel der SPÖ gesorgt und selbst jene Parteifunktionäre, die lieber Czernetz am Ballhausplatz einziehen gesehen hätten, sahen keine ausreichenden Gründe sich Jankowitsch zu widersetzen. An Bielka-Karltreu dachte kein Mensch.

So gelang es Kreisky in aller Ruhe den Boden für eine eventuelle rot—blaue Koalition mit der rechtsliberalen Freiheitlichen Partei (FPÖ) vorzubereiten, sollten die nächsten Parlamentswahlen der SPÖ — wie allgemein erwartet — nicht die nötige absolute Mehrheit für eine Alleinregierung bringen. Im Falle einer solchen "kleinen Koalition" mit der FPÖ würde diese unter anderem auch den Posten des Aussenministers beanspruchen und zwar für den Parteiführer Friedrich Peter, der schon unlängst Kreisky bei seinem offiziellen Besuch in Moskau begleitete und dem nachgesagt wird, er sei an diesem Posten lebhaft interessiert. Peter dürfte im Aussenministerium nicht zuletzt ein Sprungbrett zu höheren Ehren sehen und kann sich dabei sowohl auf die Wahl des früheren österreichischen Aussenministers Dr. Waldheim zum UN-Generalsekretär stützen, als auch auf die Wahl seines liberalen Gesinnungsgenossen am Rhein, des früheren deutschen Aussenministers Walter Scheel zum Bundespräsidenten. Darüber hinaus ist in einem Lande wie Österreich, in dem der Aussenpolitik von der Öffentlichkeit nur beschränkte Aufmerksamkeit geschenkt wird, der Aussenminister niemals von jenem Masse an Unpopularität gefährdet, wie etwa der Finanzminister oder der Verteidigungsminister.

Kreisky war also entschlossen das Aussenministerium offen zu halten für etwaige Koalitionsgeschäfte und war deshalb auf der Suche nach einem Mann, der als Statthalter bis zu den Wahlen das Aussenministerium in engster Anlehnung an das Bundeskanzleramt und nach dessen Wünschen leiten könnte. Dafür wäre es tatsächlich schade gewesen einen Jankowitsch zu "verheizen", der als Kandidat für den Aussenminister-Posten im Falle eines SPÖ-Wahlsieges und der absoluten SPÖ-Mehrheit gilt. Und es hätte auch wenig Sinn einen Czernetz und dessen Freunde in der Parteiführung zu verärgern, wobei noch die Tatsache hinzukommt, dass Czernetz als Intimfeind Kreiskys gilt. Ein parteiloser Diplomat, der nächstes Jahr ohnehin in den Ruhestand tritt, der sich als Generalsekretär im Aussenministerium unter Kreisky bewährt hat, war hierfür geradezu ideal.

Die SPÖ beugte sich, wenn auch nicht ganz protestlos. Dr. Bruno Pittermann, d. von Kreisky ausgebootete Parteiführer und Präsident der Sozialistischen Internationale sprach vielen seiner Genossen aus der Seele, als er sagte, er hätte einen Sozialisten vorgezogen.

Kreisky wird keinen Grund zur Klage haben. Bielka ist ein disziplinierter und akurater Beamter, der schon am ersten Tage die Vermutungen Kreiskys bestätigt hat: wie alle 39 Jahre seiner Beamtentätigkeit war er punkt 8.30 Uhr morgens in seinem Büro.

Z. B.

INFLATION AUCH AM ALTAR

Papst Paul hat, wie der Vatikan mitteilte, neue Regeln fuer das Lesen von Messen auf Grund der Kirche gemachter Spenden und Legate erlassen, die eine Verringerung der Pflicht zur taeglichen Messe bedeuten. Als Grund wurde vom Vatikan angefuehrt, dass die in der ganzen Welt um sich greifende Inflation den Wert der der Kirche gemachten finanziellen Zuwendungen aufzehre. Die neuen Bestimmungen wurden vom Papst in Form eines „motu proprio" veroeffentlicht. Nach Mitteilung eines Sprechers wird durch den Erlass die Verpflichtung des Klerus, als Gegenleistung fuer Spenden und Legate taegliche Messen zu lesen, in gewissem Umfang beseitigt. Diese Verpflichtung sei angesichts des Rueckgangs der Zahl der Geistlichen „sehr belastend" geworden. Ausserdem seien durch die staendige Geldentwertung die Einkuenfte, die aus frueheren Stiftungen stammten, aufgezehrt. Eine der wichtigsten neuen Weisungen habe aber zum Inhalt, dass Priester, die fuer Messen bestimmte Spenden annehmen, dann auch die Messen „puenktlich" lesen muessten.

Erziehungsprozess fuer Million[e]

Impeachment-Verfahren weckt bei den Amerikanern Stol[z]

Die zunächst ungeheuerlich erscheinende Idee der Amtsenthebung eines Präsidenten der Vereinigten Staaten ist in den sechs Tagen und Nächten, in denen der Rechtsausschuss des Repräsentantenhauses drei Impeachment-Artikel beschloss, über die das Plenum bis Ende August abstimmen wird, zu einer in ihrer Substanz verständlichen, rational begründbaren Manifestation der Volkssouveränität geworden. Dies ist kein geringes Ergebnis der Debatten, die im Fernsehen übertragen und daher zu einem Erziehungsprozess für Millionen wurden. Rechtsbehinderung im Watergate-Skandal, Machtmissbrauch unter Verletzung der Grundrechte der Bürger, Missachtung des Kongresses durch Verweigerung von rechtskräftig angefordertem Beweismaterial — dies sind klare Verfehlungen nach Sinn und Wortlaut der Verfassung. Dass der Ausschuss sie in einer überparteilichen Koalition, besonders eindrucksvoll in den ersten beiden Anklagepunkten, formulierte und dem Repräsentantenhaus als Basis für das Amtsentsetzungsverfahren empfahl, hat die These des Weissen Hauses widerlegt, der Rechtsausschuss sei nichts weiter als ein lynch mob, ein Haufen von Demokraten, die Nixon steinigen wollten.

Niemand zweifelt jetzt mehr daran, dass Richard Nixon vom amerikanischen Unterhaus mit einfacher Mehrheit angeklagt und der Senat dann über ihn zu Gericht sitzen wird, wahrscheinlich ab 1. Oktober. Ein Konsensus, der die meisten Republikaner einschliesst, ist im Entstehen: dass es für Amerika und auch für die Partei Nixons besser wäre, er würde mit Zweidrittelmehrheit abgesetzt, als mit einigen wenigen Stimmen vor dem Impeachment gerettet zu werden, um eineinhalb Jahre lang eine handlungsunfähige Regierung in einer Zeit besonders schwerer wirtschaftlicher Probleme zu präsidieren. Parteipolitisch gesehen ist, sollte Nixon unter solchen Umständen im Amt bleiben, ein katastrophaler Ausgang der Kongresswahlen im November für die Republikaner sicher, während eine Amtsübernahme durch Vizepräsident Ford, der von Watergate unberührt ist, ihre Stellung so sehr stärken würde, dass Fords Wahl zum Präsidenten 1976 durchaus vorstellbar ist, gefördert durch die Führungslosigkeit in der Demokratischen Partei.

Die älteste geschriebene Verfassung mit der längsten Lebensdauer (187 Jahre) hat sich in diesen Tagen als eine lebendige Wirklichkeit erwiesen. Anders als der englische König Georg III., so entschieden die Gründungsväter Amerikas, solle der Präsident dem Volk Rechenschaft ablegen müssen, und das Instrument hierfür sei das Impeachment durch das Repräsentantenhaus. Dies ist der Kern des ausserordentlichen, in Jahrhundert einmaligen [...]bens, in dem die Ame[...] mit neu gewonnenem St[...]gen können, ihr System s[...] arbeitsfähig.

Klugerweise hat eine ü[...]teiliche Mehrheit zwei [...]gepunkte abgelehnt. Nix[...]gen des geheimen Bom[...]ments von Kambodscha [...] 1969 absetzen zu wollen [...] bedeutet, die viel grössere [...] des toten demokratischen [...]denten Johnson an der [...]tion in Indochina zu ign[...] Die Steueraffäre Nixon[...] seine Bereicherung im [...] die Staatsanklage aufzu[...] — das am peinlichsten [...]de Vorgehen — hätte als [...]akt der Demokraten wirk[...]nen und das Impeachm[...] eine niedrigere Ebene [...] Verteidigung der Verfass[...]gen die Usurpation du[...] Staatsspitze abgedrängt.

DREI JAHRE TANZV[ERBOT] NACH SCHLAEGE[REI]

Ein salomonisches Ur[...] das Gericht in dem Ort O[...] im ostfranzoesischen [...]ment Ain jetzt gefaellt [...] junge Maenner, die be[...] doerflichen Tanzveran[...] eine Schlaegerei begonn[...] dabei einen Polizisten [...] hatten, erhielten ein dre[...]ges Tanzsaalverbot. Das [...] fiel nach den Worten de[...]ters so streng aus, um [...]gendlichen „vor haertere[...]fen zu bewahren".



117.

„Ja, das genügt mir." Er sprach langsam und sehr deutlich. „Jetzt begreife ich mich selber. Jetzt weiss ich, warum ich nicht aufhören werde, diesen Fall zu verfolgen, auch wenn er unlösbar ist, wie Sie glauben. Nun bin ich der Jäger, der Menschenjäger bin ich nun! Je mehr mich abstösst, was mein Vater getan hat, desto stärker zieht es mich an."

Das seltsam gespaltene Blatt betrachtend, dachte Groll an zwei Sätze Goethes in dessen ‚Campagne in Frankreich': ‚Ich hatte mir aus Kants Naturwissenschaft nicht entgehen lassen, dass Anziehungs- und Zurückstossungskraft zum Wesen der Materie gehören und keine von der anderen im Begriff der Materie getrennt werden könne. Daraus ging mit die Urpolarität aller Wesen hervor, welche die unendliche Mannigfaltigkeit der Erscheinungen durchdringt und belebt ...'

62

Eine Stunde zuvor ...

„Ein Bogen altes Papier", sagte Fedor Santarin.

„Schon brüchig und gelb", sagte Gilbert Grant.

„Mit der Hand beschrieben."

„Erste Zeile: ‚Pasteur 1870, Seidenraupenseuche'!"

„Zweite Zeile: ‚Erreger Mikroben'."

„Dann etwas von Insekten."

„Und von bakteriellen Toxinen und Schädlingsbekämpfung — oder so ähnlich."

Grant und Santarin beschrieben das Papier in Manuel Arandas Brieftasche so genau, wie Nora Hill es Jean Mercier hatte beschreiben können, wie dieser es der Besatzung eines seiner Streifenwagen beschrieben hatte, wie ein Mann der Besatzung es Gilbert Grant beschrieb — knapp vor Mitternacht.

„Nein", sagte der Graf Romath. „Ich habe nie von diesem Papier gehört. Aranda hat nicht mit Landau darüber gesprochen."

„Sie lügen, Sie alter Päderast", sagte Grant schwerzüngig. Sein Gesicht war sehr rot, rot waren die Aederchen in den Säuferaugen. Er hielt ein Glas mit Bourbon in der Hand.

„Ich sage die Wahrheit." Romth tastete nach der Perle an seiner Krawatte. Nein, dachte er, nein. Ich habe genug.

„Graf", sagte Santarin, charmant lächelnd, „warum streiten Sie es ab? Sie haben doch schon am Nachmittag gehört: Es ist noch ein zweiter Mann im Hotel. Und dieser Mann erklärt, dass Aranda und Landau sehr wohl über jenes Papier sprachen. Ausführlich."

„Wenn er es erklärt, warum fragen Sie dann noch mich?" Ich wusste ja, es ist Bluff, gar nichts wissen die, dachte Romth.

Die drei Männer sassen im Wohnzimmer von Gilbert Grants hypermodern eingerichteter Villenetage in Hietzing. Grosse Unordnung herrschte. Zeitungen, Magazine und Kleidungsstücke lagen herum. Flaschen, Gläser und ein Eiskübel standen teils auf dem Tisch, teils auf dem Fussboden, Aschenbecher quollen über.

„Weil unser Mann nicht alles gehört hat. Nur einen Bruchteil. Er wurde gestört. Sie haben in Ihrem Büro Ruhe gehabt, alles zu hören, Graf!" Santarin zupfte an dem Seidentüchlein in der Brusttasche seiner Jacke.

Die Wahrheit sah so aus: Der Hauselektriker, der die Abhöranlage installiert hatte, ein williger, billiger und geschickter Arbeiter mit einer schlicht kriminellen Veranlagung, der stets unter Geldnöten litt (er spielte Roulett in Baden), hatte sich tatsächlich häufig in die Leitung eingeschaltet, wenn Manuel Besuch empfing. Der Mann durfte es nie lange tun, es wäre aufgefallen. Er reparierte in diesen Tagen eine kompliziert verlegte Lichtleitung im Vorraum der Telefonzentrale. Wenn die Mädchen viel zu tun hatten, konnte er unbemerkt einen Kopfhörer ans Ohr pressen und für kurze Zeit Gespräche in Manuels Appartement belauschen. Er tat das im Auftrag Grants, der den Auftrag wiederum auf Anregung Santarins erteilt hatte. Santarin traute keinem Menschen auf der Welt. Er misstraute sogar sich selbst.

Der Hauselektriker, Alfons Nemec mit Namen, sollte den Grafen und dessen Berichte an den Funkwagen überwachen. Er hatte etwas von einem alten Papier und einer Seidenraupenseuche aufgeschnappt und auch die erregten Worte Landaus mitbekommen. Nemec war sofort ins Freie geeilt und hatte das Gehörte, auf einen Zettel geschrieben, dem Mann am Steuer des weissen Chevrolets gereicht, der hinter dem Hotel parkte. Damit war Grants Zentrale informiert, so kam es, dass Romath aufgefordert wurde, seinen Chef zu besuchen ...

Aber es war immer noch zu wenig, was Grant und Santarin wussten. Sie mussten mehr wissen, alles. Der Russe wurde noch höflicher.

„Sie antworten nicht, Graf. Ich nehme an, Sie überlegen, was wichtiger ist: das Geld, das Aranda Ihnen bezahlt, damit Sie uns nicht richtig informieren — oder die Freiheit. Was für eine Ueberlegung! Die Freiheit ist natürlich wichtiger, lieber Graf, immer."

„Ich bekomme kein Geld von Aranda! Ich schweige, weil ich auf Ihre Verdächtigungen nichts mehr erwidern werde."

„Und ob Sie werden!" Grant goss sein Glas wieder voll. „Bitten, erwidern zu dürfen, werden Sie!" Der Amerikaner liess ein Stückchen Eis auf den Teppich fallen, seine Hände waren unsicher. Er wies zu einem Schrank. „Da drin liegen Aussagen!

Romath ballte die Fäuste.

„Es ist zu schlimm", sagte Santarin, „dass Sie der Polizei bereits seit Jahrzehnten als abwegig bekannt sind."

„Ein Verfahren", sagte Grant, „wurde 1963 grösste Bemühungen Ihrer guten Anwälte nie[der]schlagen, weil sie es so drehen konnten, da[ss es] aussah, als würden Sie von ein paar Minderjä[hrigen] erpresst."

„Jetzt wird es wieder so aussehen", meinte [San]tarin milde, „aber man wird es Ihnen nicht glauben."

„Diesmal wird man Sie verurteilen", sagte [...] „Sie kommen als recht alter Herr ins Zuchthaus. [Viel]leicht beenden Sie Ihren Lebensabend dort. Wi[rd ein] feiner Skandal werden. Direktor eines Wiener L[uxus]hotels. Letzter Spross einer der bekanntesten Fa[milien] Oesterreichs." Er schrie Romath an: „Sie tun [, was] wir Ihnen jetzt sagen, oder Sie gehen hoch, kap[...]

Romath fuhr zusammen.

„Nicht doch", sagte Santarin. „Sie dürfen den [Gra]fen nicht so erschrecken. Gilbert. Sehen Sie, [er] ist ganz schlecht. Etwas zu trinken, Graf?"

„Nein ... Was ... was wollen Sie von mir?"

„Das Papier", sagte Santarin.

„Wie soll ich das herbeischaffen?"

„Ah, auf einmal wissen Sie von ihm!" rief Gr[ant].

„Weil Sie von ihm sprachen ..."

„Wenn Sie frech werden, kriegen Sie ein pa[ar in] die Fresse!" Grant hob einen Arm.

„Gilbert!" sagte der Russe streng. Er wandte [sich] an den Grafen. „Aranda trägt das Papier no[ch in] seiner Brieftasche. Er wird heute spät heimkom[men.] Sie fahren jetzt gleich ins ‚Ritz' zurück. Hier. [Neh]men Sie das da." Der Russe legte ein Glasröhr[chen,] welches mit winzigen silbernen Kügelchen g[efüllt] war, auf den Tisch.

„Was ist das?"

„Ein ausserordentlich starkes Schlafmittel, da[s den] Vorzug hat, dennoch recht ungefährlich zu sein [. So]bald es seine Wirkung getan hat, ist es im K[örper] nicht mehr nachzuweisen."

„Aber ..."

„Sie haben uns berichtet, dass Aranda vor [dem] Schlafengehen immer noch einen Whisky aufs [Zim]mer bestellt — stimmt's?"

„Das stimmt ..."

„Wo bestellt er den Whisky?"

„Beim Etagenkellner."

„Grossartig. Dann werden Sie zunächst warten [, bis] Aranda im Hotel ist. Anschliessend gehen Sie i[n die] Remise des Etagenkellners im vierten Stock — [dort] wohnt Aranda — und veranstalten eine unange[sagte] Ueberprüfung. So etwas ist doch üblich, wie?"

„Ja, gewiss ..."

„Sie prüfen so lange, bis Aranda seinen [...] verlangt. Wenn der Kellner dann den Whisky e[inge]gossen hat, lenken Sie ihn ab ..."

„Wie?"

„Irgendwie, zum Teufel! Sie fragen etwas. Sie [be]anstanden etwas. Sie lassen etwas fallen. Der [Kell]ner muss das Glas nur einen Moment aus den A[ugen] lassen. In diesem Moment werfen Sie sechs [oder] acht dieser Kügelchen in das Whiskyglas. Sie sch[mel]zen sofort. Das ist alles. Eineinhalb oder zwei S[tun]den später, wenn Sie sicher sein können, dass er schläft, gehen Sie in Arandas Appartement ..."

„Das kann ich doch nicht! Die Eingangstür [wird] gesperrt sein, der Schlüssel innen stecken!"

(Fortsetzung folgt)





…P-Kritik an Nahost-Politik Kreiskys

haben mit Bundeskanz- Kreisky erhebliche Dif- in bezug auf seine An- zur Nahost-Politik und sonders wegen seiner g. den Nahostkonflikt Tagesordnung der Euro- Sicherheitskonferenz ge- Willen Israels und der ıpermächte zu setzen", mir in einem Sonder- der Nationalrat Dr. rasek, Sprecher der op- len Oesterreichischen ei in aussenpolitischen heiten.

VP ist in Fragen Aus- nicht auf eine Oppo- n jeden Preis, viel- ie um eine Verständi- der Regierung aus, die Karasek — das aussen- Konzept der OeVP en s Regierungsprogramm übernommen habe. gibt Fragen, in denen mit der Regierung Dr. ıicht konform gehen wa Kreiskys Treffen palästinensischen Ter- rer Arafat könne der ur damit entschuldi- r in seiner Eigenschaft einer Fact-Finding- r Sozialistischen Inter- igierte, nicht in seiner t als Oesterreichs Re- ef. Wie dem auch sei, widersetze sich derar- ktakulären Begegnun- undeskanzlers.

lehne die grosse bür- Oppositionspartei die österreichischer Ver- Beobachter an den n der blockfreien Oesterreich habe klassische Neutralität n, aber keinen Neu- is könne keine Zwei- eben, dass Oesterreich nicht neutral ist. Bei reben um gute Be- u den rund 70 block- ten habe Oesterreich itte nichts zu suchen. Karasek.

raschende Vorschlag ikanzler Kreisky, die terbrochene zweite Vertreter europäischer er Fragen der euro- cherheit abzubrechen ipfelkonferenz der 35 taaten einzuberufen, sfalls keine Vorliebe position. Nach An- VP sind die Ansich- eiden Kontrahenten, und des Westens, in ärischen wie huma- gen noch sehr weit r entfernt und diese ır von Staats- oder hefs aus der Welt erde. Es heisst des- d aufzubringen und ommerpause, am 9. lie Genfer Gespräche bis eine Annähe- ıt sein wird. Sollte rausstellen, dass die unüberbrückbar sind,

Von unserem Korrespondenten in Wien, ZEEV BARTH

wäre es besser die Konferenz auf Beamtenebene bis auf weiteres zu vertagen, als sie auf Gipfelebene „platzen" zu lassen, meint die OeVP.

Auch an der unglaubwürdigen österreichischen Verteidigungspolitik hat Dr. Karasek heftige Kritik geübt. Die Aussenpolitik habe jene Mauer errichtet, hinter der die Reform des Bundesheeres vollzogen wird. Oesterreich habe sich verpflichtet das Möglichste zu tun, um seine Neutralität zu verteidigen, doch davon sei man gegenwärtig weit entfernt. Solange man aber an der eigenen Verteidigung übermässig spart, könne die Opposition der Regierung keinen Vorwurf daraus machen, dass sie nicht bereit sei, den Wünschen der UNO auf Verdoppelung des UN-Kontingents auf Zypern Folge zu leisten.

Die OeVP befindet sich augenblicklich in einer seltsamen Lage. Nach einigen überraschenden Siegen auf Landes- und Kommunalebene erlitt sie bei den Bundespräsidentenwahlen eine ernsthafte Schlappe. Diese war besonders in Wien von solchen Ausmassen, dass im westlichen Oesterreich Kritik an der Führung der Wiener OeVP laut wurde und man die Forderung erhob, den in der Wahlkampagne populär gewordenen OeVP-Kandidaten und Innsbrucker Bürgermeister Lugger auf bundespolitischer Ebene einzusetzen. Man munkelte zuerst sogar von Lugger als Ersatz für den OeVP-Parteichef Schleinzer. — Aber Schleinzer liess bald keine Zweifel daran offen, dass er als Kanzlerkandidat die OeVP in d. Nationalratswahlen im Herbst 1975 führen werde, während die angeschlagene Wiener OeVP-Leitung nun bemüht ist die Lehren aus dem Misserfolg bei den Präsidentschaftswahlen zu ziehen und ihre Arbeit in der Hauptstadt so zu reorganisieren, dass der Trend zur OeVP nicht unterbrochen wird. Vielmehr soll er im selben Masse verstärkt werden, wie die schleichende Inflation in Oesterreich — sie hat die Zehn-Prozent-Grenze schon überschritten — der sozialistischen Regierung abträglich ist.

Der Krach um die ORF-Reform, die zu einem Misstrauensantrag der OeVP und der FPOe gegen Kanzler Kreisky führte, dürfte ein Wahlkampf-Thema ersten Ranges sein. Die Oesterreicher widersetzen sich jeglichem Parteieinfluss auf das wichtigste Massenmedium, mit dem Resultat, dass rund hundert namhafte Persönlichkeiten, darunter zahlreiche Linke, sich für die Wiederernennung Gerd Bachers zum Generalintendanten d. ORF einsetzen. Dabei war es Gerd Bachers Unpopularität in den Augen des Bundeskanzlers Bruno Kreisky, die Anlass für das gesamte ORF-Reformwerk gehoten hat. Sollte Kreisky nicht gewillt, oder angesichts des Drucks der Partei und des Gewerkschaftspräsidenten Benya nicht in der Lage sein, Gerd Bacher in seinem Amte zu bestätigen, wird es die SPOe ziemlich schwer haben sich des OeVP- und FPOe-Vorwurfs zu erwehren, Rundfunk und Fernsehen der Parteikontrolle unterstellen zu wollen.

APOTHEKEN- UND AERZTEDIENST

Dienstag, nachts bis 23.00 Uhr: King George 72, Tel. 286740; Dizengoff 217, Tel. 223488: Jafo, Ben Zwi 2, Tel. 821607.

Ramat Gan und Umgebung: Giwataim, Weizmann 17, Tel. 722458.

Bne Brak: Nechemia 2.

Herzlia und Umgebung: Herzlia Pituach.

Bat Jam: Balfour 9.

Cholon: Trumpeldor 4.

Natania: Herzl 24, Tel. 22243.

Ramla-Lod: Lod, Herzlstr.

Beer Schewa: Schikun Gimmel.

Haifa bis 21 Uhr: Alija 44, Tel. 522062; **ab 21 Uhr:** MDA, Tel. 512233. Kirjat Elieser.

■

AERZTEDIENST:

Tel Aviv: Dr. Har Ewen Epsteinstr 6, Tel. 443281.

Magen David Adom Aerzte Nachtdienst T.-A. Tel. 614333 oder 101 von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens.

Kupat Cholim „Maccabi" T.-A. MDA Tel. 101 Gusch Dan: MDA, Hagilgalstr. 42 Tel. 781111, Ramat Gan; Aschdod: MDA, Tel. 22222: Natania: MDA, Tel. 23333: Bat Jam: MDA Telefon 863333; Cholon: MDA, Tel. 843132: Petach Tikwa: MDA, Tel. 912333; Zfat: MDA, Tel. 101; Rechowot: MDA, Telefon 951333; Rischon Lezion: MDA, Telefon 942333: Herzlia: MDA, Tel 981333: Haifa: MDA, Tel. 101; Jerusalem MDA, Tel 101 Arad: MDA, Tel 057-97222.

Kupat Cholim Merkazit 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens: MDA, Tel. 101 Dr Watts Allenbystr. 50, Tel. 50888 (nur tagsüber): Dr. Marc Dona, Hachasmonaimstr. A, Tel. 248228

Kupat Cholim „Assaf": Dan: Aviv: Tel. 101: Gusch Dan: Tel. 781111: Bat Jam: Tel. 863333: Cholon: Tel. 843133: Haifa: Allgemeiner und Kinderarzt. Tel. 254630

Spanische Opposition appelliert an Offiziere

Linke und rechte Gegner des Franco-Regimes streben Einheitsfront an

Die Grundsatzerklärung der oppositionellen „Demokratischen Junta Spaniens", gleichzeitig auf internen Treffen mit Journalisten in Madrid und von Exilpolitikern in Paris öffentlich auf einer internationalen Pressekonferenz bekanntgegeben, hat in spanischen Regierungskreisen beträchtliche Erregung hervorgerufen. Der Zusammenschluss von demokratischen „Gesprächskreisen" und oppositionellen „Plattformen" aus Katalonien, Andalusien, Galicien, der Mancha, Madrid und anderen Landesteilen auf nationaler Ebene bedeutet, dass erstmals nach dem Bürgerkrieg die illegal tätigen Parteien, Arbeiterkommissionen und sonstige Splittergruppen gemeinsame Anstrengungen zur Erringung der Demokratie unternehmen wollen.

In der Junta, die nichts mit einer Militärjunta zu tun hat, sondern „Versammlung" oder „Rat" bedeutet, sind neben Repräsentanten der Parteien und Arbeiterkommissionen aus den regionalen Versammlungen auch Unternehmer und Beamte vertreten. Namen sollen erst genannt werden, wenn die politischen Umstände es erlauben. Die politische Polizei war der Junta allerdings schon bei ihrem ersten Erscheinen in Madrid auf den Fersen. Die Hauptstadt war an diesem Tag, da Staatschef Franco als geheilt aus dem Hospital entlassen wurde, ohnehin voller Polizei. In Paris dagegen traten zwei Delegierte der Junta unter ihrem Namen vor der Presse auf: Santiago Carrillo, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE), und Rafael Calvo Serer, ein Mann der Demokratischen Rechten, prominentes Mitglied der katholischen Laienbewegung Opus Dei und Befürworter einer konstitutionellen Monarchie möglichst unter dem demokratisch gesinnten Don Juan von Bourbon, der im Lissabonner Exil lebt. Dass diese beiden Exilpolitiker gemeinsam das Programm der Junta verkündeten, heisst für Madrid, dass es nun eine Einheitsfront zum Sturz des Regimes gibt.

Paradoxerweise beginnen sogar die Interessen der illegalen Opposition mit der amtierenden Regierung des Ministerpräsidenten Carlos Arias Navarro an einem bestimmten Punkt zusammenzulaufen: dem Widerstand gegen die Macht, die Francos Familie und deren Hofstaat in wachsendem Masse ausüben. Selbst in spanischen Zeitungen, die bestraft oder verboten würden, wenn sie offen darüber schrieben, deuteten einige Kommentatoren an, dass es während der Krankheit Francos zu Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und der Familie des Staatschefs gekommen ist, dass Arias unterstützt werden müsse als ein Regierungschef, der Reformen mit dem Ziel einer Beteiligung der Bürger an der Politik eingeleitet habe. Intern ist in Madrid von dem unerträglichen Druck die Rede, dem sich Arias und seine reformwilligen Minister von der Kamarilla um Franco und deren Anhänger in Armee und Polizei ausgesetzt sehen.

Die „Demokratische Junta Spaniens" plädiert für einen Wechsel ohne Ueberstürzung und ohne soziale Unruhen. Spanien brauche als Staat eine Konzeption und eine Moral, die ihm das Franco-Regime nicht mehr geben könne. Sie appelliert in ihrem Aufruf an das „Zentrum der tatsächlichen Macht des Regimes", womit nur Regierung, Armee, Polizei und Verwaltung gemeint sein können, jetzt, da Francos Ende nahe sei, die einzig mögliche Konzeption zu übernehmen: sofortige und vollständige Demokratisierung. Über die und vollständige Demokratisierung.

Gleich der Regierung Arias weiss auch die Junta, dass der Schlüssel für den friedlichen Wechsel bei der Armee liegt. Ein Sprecher der Junta sagte, es gebe bereits Offiziersausschüsse, die gegen die von Ultrarechten angestrebte Politisierung an Patriotismus und Berufsehre der Armeeangehörigen, die zu Behütern der Korruption und zu Polizisten einer politischen Ordnung gemacht werden sollten, die doch ohne Franco jeden Sinn für die Streitkräfte verlieren würde. Die Sprache und die Zielrichtung sind deutlich. Sie denken an Portugal, wo die Armee zur Wiedergewinnung der Demokratie geputscht hat. Der spanischen Opposition würde es schon genügen, wenn Francos Armee im Augenblick des Umschwungs nicht für die Ultras anträte. F.K.

Die USA entwickeln neues unbemanntes Flugzeug

(WT) — Um angreifenden Flugzeugen das Eindringen in Lufträume zu ermöglichen, welche durch Luftabwehrraketen geschützt sind, entwickeln die Vereinigten Staaten derzeit ein kleines, unbemanntes Flugzeug, das lediglich für einen einmaligen Einsatz bestimmt ist. Daher wird dieses einfach und billig sein. Sein Preis dürfte 20.000 Dollar kaum übersteigen. Der Zweck dieses Flugzeuges ist es, die feindlichen Radargeräte lahmzulegen.

Das Flugzeug kann sowohl von den Bodentruppen in den vordersten Linien gestartet werden, als auch von Kampfbombern. Die Geschwindigkeit dieses Robot-Flugzeuges wird unterhalb der Schallgrenze liegen und da eine Rückkehr in die eigenen Linien aus Gründen der Kostenersparnis wegfällt, wird das Flugzeug eine Vorrichtung enthalten, mittels welcher es sich selbst vernichtet, wenn sein Motor zu arbeiten aufhört.

Die Verwendung dieses unbemannten Flugzeugs soll im Masseneinsatz erfolgen, sodass sowohl die Boden-Radarstationen als auch die in den Luftabwehrraketen befindlichen Ortungsgeräte unwirksam gemacht werden. Erst nachdem diese Robotflugzeuge ihre Wirkung getan haben, werden die Kampfflugzeuge sowohl die Luftabwehr-Raketenbatterien als auch die bereits abgeschossenen und vom Ziel abgelenkten Raketen selbst vernichten. Es ist anzunehmen, dass diese Robotflugzeuge mit einem Düsenmotor ausgestattet werden, welcher ihnen eine relativ grosse Reichweite geben wird und ihnen im voraus geplante Flugmanöver ermöglichen soll. Die Absicht ist dabei, das Robotflugzeug auf den Radarschirmen des Feindes als ein wirkliches Kampfflugzeug erscheinen zu lassen.

Die Entwicklung dieses Flugzeuges dürfte einige Monate dauern. Eine Reihe von Firmen beteiligen sich daran und jede baut einen Prototyp, der von der amerikanischen Luftwaffe einer genauen Prüfung unterzogen werden soll. Erst dann wird entschieden werden, welcher Prototyp zur Massenproduktion kommt.

Massenmord in Namibia

Die südafrikanische Republik ist neuerlich des Massenmordes in Namibia, der ehemaligen deutschen Kolonie Südwestafrikas, beschuldigt worden. Zwei schwedische Fernsehjournalisten haben von einem vierwöchigen Aufenthalt bei der dortigen Partisanenbewegung Swapo Filmmaterial mitgebracht, das beweisen soll, dass südafrikanische Soldaten im vergangenen September 105 Menschen eines Dorfes getötet hätten. Ein einziger Einwohner entkam dem angeblichen Massaker und ist, ausser den Skelettresten und den niedergebrannten Hütten, der einzige Zeuge. Die beiden Journalisten haben Mittwochabend über das schwedische Fernsehen einen Teil ihrer Aufnahmen gezeigt.

Die Journalisten sind dabei, einen fünfzig Minuten langen Film über ihre Wanderung durch Namibia fertigzustellen, der im August gezeigt werden soll. Mit Angehörigen der Swapo-Bewegung stiessen sie auf jenes Dorf im nordöstlichen Caprivi-Landzipfel zwischen Botswana, Angola und Zambia, wo sie Reste der Hütten fanden. Dort trafen sie auch den 44jährigen Ueberlebenden, der berichtete: „Die südafrikanischen Soldaten kamen hierher. Wir mussten uns alle in einer Reihe aufstellen. Ein Soldat flüsterte mir als Aeltestem ins Ohr, ich solle verschwinden, da alle getötet würden ... Nach der Erschiessung wurden die Leichen gestappelt und verbrannt. Ich sah dies alles verborgen vom Dorfrand aus." Der Massenmord war dem Bericht der beiden Schweden zufolge eine Vergeltung für Swapo-Aktionen in jenem Gebiet, bei denen zwei Weisse getötet worden waren.

Die Journalisten werden auch vor dem UN-Komitee für die Menschenrechte in Genf über ihren Besuch in Namibia aussagen. Die Vereinten Nationen haben bisher über siebzigmal Südafrika beschuldigt, in Namibia gegen Menschenrechte und internationale Gesetze verstossen zu haben. Ausser den UN hat auch der Internationale Gerichtshof in Den Haag bisher vergeblich die Unabhängigkeit des Gebietes gefordert. Dass die Swapo bisher nicht jene Publizität gefunden hat wie etwa die Bewegungen in den portugiesischen Kolonien beruht auf dem Umstand, dass die Einreise nach Namibia so gut wie unmöglich ist. G.G.

Die „saure Gurke" des Tages:

Nepalesische Polizei sichert „Spuren" am Fusse des Mount Everest

Es scheint ihn doch zu geben: den sagenumwobenen Schneemenschen in den Bergen des Himalaja, von den Nepalesen „Yeti" genannt und als solcher zumindest dem Namen nach auch der Aussenwelt bekannt. Mochten selbst so berühmte Bergsteiger wie Sir Edmund Hillary, der Erstbezwinger des Mount Everest, und nicht minder distinguierte Zoologen wie die Engländer Machneely Cronin und Emery die Existenz eines „gigantischen affenähnlichen Nomaden" in der Abgeschiedenheit des Himalaja nicht gänzlich bestreiten, so will die nepalesische Polizei jetzt erstmals sogar Fussspuren gesichert und fotografisch festgehalten haben: 26 Zentimeter lang und 11 Zentimeter breit.

Auf die Fährte Yetis wurden die Ordnungshüter von einem bis dahin unbekannten Sherpa-Mädchen Namens Lakpa gebracht, das von einem aufregenden Erlebnis zu berichten wusste. In Pheriche im Schatten des Mount Everest hatte sie wie gewöhnlich eine kleine Herde von Jaks gehütet, als diese plötzlich unruhig wurden und die Aufmerksamkeit der Hirtin auf ein Monstrum „mit grässlichen Haaren auf dunkler Haut und tiefliegenden Augen" lenkten. Der Schreck des Mädchens aber steigerte sich zu hellem Entsetzen als sich das „knurrende" Ungetüm daranmachte, nicht weniger als fünf Rindern das Genick zu brechen. Mit „langen Fingern" griff es schliesslich auch nach der Hirtin selber, die in tiefe Ohnmacht sank und erst wieder zu sich kam, als sich der Schneemensch längst davongemacht hatte. Freilich waren Fussspuren zurückgeblieben, die das Sherpa-Mädchen dann geistesgegenwärtig mit Steinen abdeckte.

Kaum aber war die Kunde den nepalesischen Behörden zu Ohren gedrungen und von Lakpa noch insoweit präzisiert worden, dass Yeti sich unter Zuhilfenahme seiner Arme weitaus schneller habe bewegen können als nur auf seinen Beinen, da schickten sie sogleich einige Polizisten an den Tatort um der Geschichte gründlich nachzugehen. Und siehe da: die Spuren waren unversehrt geblieben und wurden — das jedenfalls wusste die nepalesische Nachrichtenagentur „RSS" zu bestätigen — als Corpus delicti auf Film gebannt.

RADIO und FERNSEHEN

TAG, 6.8.1974

…ten: jede Stunde

…gramm A: …kalische Delikates- Rachmaninov und 5 Eine Stunde mit s; 10.05 Lustige Sta- a Samuel; 11.00 Iv- ir Schüler und Kin- Ferien; 11.45 Arab. 12.05 Chorgesang; gskonzert: Vivaldi, u.a.; 14.10 Für Kind; 15.05 Radio-Astronomie; 15.50 bräuche; 16.05 Eine räisch; 16.06 Musik nd: Die Musik und zzmusik; 17.45 Mu- spiel — mit Schlo- 05 Ueber Menschen : 18.55 Für den 9.25 Klassisch und Vorlesungen aus der Die Welt der Wis- .30 „Das Israelische 4", das Philharmo- ester spielt Mozart; s Gericht mit Na- 00.05 Ein kurzes

…gramm B: gengymnastik; 6.20 Uhr: 6.59 Eine Mi- sch: 7.25 7.35 — Lieder für Dich: 7.55 Grünes Licht; 8.10, 9.05 Morgenlieder; 10.05, 11.05 Für die Hausfrau; 12.05 Im Arbeitsrhythmus; 13.05 Lieder und Chansons; 14.10 Neue Platten und Aufnahmen; 15.05 Wunschkonzert orientalischer Musik: 16.06 Eine Minute Hebräisch; 16.07 Hebräische Auflage — Fremde Lieder in israelischer Kleidung; 16.30 Kurzer Quiz; 17.05 Mich belustigt es: Humor; 18.05 Das Lied macht die Runde: 18.45 Sport; 21.05 Es ist mir nah am Herzen — mit dem Rechtsanwalt und Journalisten Prof. A. Rubinstein; 22.05 Oeffentliche Meinung: Radio-Hyde Park; 23.05, 00.05 Ich bin Dein und Du bist mein — mit Ehud Manor.

Militärsender:

6.05 Morgentöne mit Oded Ben-Ami; 7.05 Morgentöne; 08.05, 12.05, 17.05, 00.05 Zahal-Chronik; 9.05, 10.05 Grüsse und Lieder; 11.05, 12.30, 13.05 Warm und schmackhaft, mit Oded Ben-Ami; 11.55 Was zu tun — ratet Tamar; 13.30 Das erinnert mich an — mit Hana Zemer; 14.05, 15.05 Von zwei bis vier — mit Gila Almagor; 16.05 Bitte telephonieren - Die Mannschaft höherer Offiziere der israelischen Polizei antwortet; 18.05 Die Nord-Grenze — Programm über die Grenze mit Libanon; 19.05 Von ihr zu ihm — mit Edna Peer: 20.05 Neue Lieder; 21.05 Was ihr wollt — Lieder mit Anat Davidov: 22.05, 23.05 Lass uns reden — mit Nathan Dunewitz; 23.53 Mitternachtsdiskussion — mit Daniel Schalit über die verwöhnte Kunst: 00.30 Nachtvögel mit Alex Anski; 01.00, 01.35 Nachtvögel; 03.05 Lieder bis zum Morgen mit Orli Morag.

Schulfernsehprogramm:

16.00 Was Amir über Klopsi und die anderen erzählt; 16.13 Englisch; 16.32 Zeichnen mit Jossi Stern; 17.0 Französisch.

Fernsehprogramm:

17.30 Nachrichten; 17.32 Informations-Sendung; 17.42 Naturwissenschaftsserie; 18.05 Ich habe Zeit — Was in den Ferien und in der freien Zeit tun; 18.30 Arabische Sendungen; 20.00 Tradition; 20.30 Mabat; 21.00 McCloud — „Bruderschaft", mit Denis Weber in der Hauptrolle; 21.50 Brennpunkt; 22.40 Liebe in amerikanischem Stil; 23.05 Tagesabschnitt. Nachrichten; 23.10 Informations-Sendung.

KINOPROGRAMM

TEL-AVIV:

ALLENBY: The Sting
BEN JEHUDA: Cinderella Liberty
CINEMA ONE: Some Like it Hot
CINERAMA: My Name is Nobody

CHEN: Paper-Moon
DEKEL: „What?"
DRIVE-IN: 8.00 Uhr: The Magic Disney World
10.00 Uhr: King Queen Knave
ESTHER: Papillon
GAT: Avanti
GORDON: Indian Summer
HOD: Park of Love
LIMOR: The Great Dictator
MAXIM: Le Grand Bazar
MOGRABI: The Wedding Night of Dr. Daniel

ORDAN: Don't Look Now
OPHIR: Tough Guys
ORLY: Abu-al-Banat
PARIS: Cries and Whispers
PEER: La bonne Annee
TCHELET: Go West
STUDIO: Big Eyes
TEL-AVIV: Dutch Cassidy and the Sundance Kid
ZAFON: My Name is Nobody

RAMAT GAN:

KINO LILLY: 7.15 und 9.30 Uhr Serpico
4.00 Uhr: Academy Award (Walt Disney)

HAIFA

AMPHITHEATRE: Calibre 9
ARMON: The Sting
ATZMON: My Name is Nobody
CHEN: Dr. Phibes
MIRON: Fists of Vengeance
ORDAN: Summer Place
MORIAH: Daughters, Daughters
ORION: She Knew the Other Way
ORAH: Our Miss Fred
ORLY: Big Eyes
PEER: Harold and Maude
RON: Gone With the Wind
SHAVIT: Rabbi Jacob

JERUSALEM

ARMON: The Great Dictator
CHEN: My Name is Nobody
EDEN: The Sting
EDISON: Haya mi Bu?
MITCHEL: Deux Hommes dans la Ville
ORION: Don Juan 73
ORNA: The Way we Were
HABIRAH: Ash Wednesday
JERUSALEM: Assault
ORGIL: Becket
SEMADAR: [illegible]
RON: Park of Love

חדשות ישראל — ECHO DES TAGES

משא ומתן עם ירדן

התבטאויות הן קלות. תמיד אפשר ליצור אווירה נעימה על ידי מלים יפות או אווירה הפוכה — עם מלים מתאימות לכך. כעת אנו — ז.א. מנהיגינו — מדברים על הרצון למשא ומתן עם ירדן, ובאותו הרגע הננו מודיעים שאנו, כמובן, מוכנים לפשרה טריטוריאלית. ברור הדבר שרצוננו זה הוא תוצאה ממשאלתו של הממשל בוואשינגטון.

בדיוק באותו הרגע הגיע לבירת ארצות־הברית ראש ממשלת ירדן, אשר חשב לנכון להצהיר מיד על כמה „עקרונות" לפני שאולי ינסו — בוואשינגטון — לשנות את מדיניותה של ירדן, אדיפעי אמר שאפשרות למשא ומתן עם ישראל קיימת אך ורק באם המדינה היהודית תסכים להפרדת כוחות בשלב הראשון ולאחר מכן תיסוג מכל השטחים אשר כבשה במלחמת ששת הימים. ראש ממשלת ירדן לא אמר מה מוכנה ירדן לתת בעיסקה זו, הוא חושב — כפי שחושבים כל מנהיגי ערב — שישראל תסתפק בהצהרתם שלא יתקיפו עוד את ישראל. לאחר מלחמת יום הכיפורים, הערבים בדיעה שהעם הישראלי חי בפחד מתמיד בפני התקפה המחודשת של המנצחים הערביים.

אין ספק שעלינו לעשות הכל בכדי להגיע לפתרון של שלום באזורנו. אולם פתרון איננו כניעה. נצטרך להבהיר לירדנים ולעולם כולו שמשא ומתן עם ירדן יתנהל אך ורק בלי תנאים מוקדמים ומציאת יסודות להסדר פירושה גם ויתורים רחבים מצידה של ירדן. מוטב שזה יהיה ברור כבר עכשיו — על מנת שלא נהיה קורבנות אשליה נוספת.

מ. ב.

VERHANDLUNGEN MIT JORDANIEN

Ausdrucksformen aller Art sind recht einfach. Man kann, ohne grössere Schwierigkeit, mit schönen Worten eine angenehme Atmosphäre schaffen — oder auch, mit den geeigneten Sätzen, genau das Gegenteil. Zur Zeit sprechen wir, und das heisst natürlich im Grunde unsere höchsten Repräsentanten, von unserem Wunsche, mit Jordanien Gespräche zu führen. Dabei ist es ziemlich gleichgültig, was in der Vergangenheit an ähnlichen Gesprächen stattgefunden haben mag, es ist auch völlig bedeutungslos, ob sich irgendein israelischer Regierungschef oder Minister mit dem jordanischen König oder einem sonstigen Repräsentanten aus Amman unterhalten hat oder nicht. Denn hier, wie eigentlich stets im Leben, entscheidet nur das Ergebnis. Und bisher war das Ergebnis jeden solchen Kontaktes, sollte es ihn gegeben haben, null. Da wir *jedoch nun Verhandlungen* mit Jordanien zu führen gedenken, teilen wir auch mit, dass wir zu territorialen Zugeständnissen bereit sind, zu Verzichten auf diesem Gebiet. Klar ist, dass dieser unser Wunsch zu den Gesprächen mit Amman direkte Folge dessen ist, was man in Washington gerne realisiert sehen möchte.

Genau in demselben Augenblick, da dies von uns aus bekannt wurde, traf Jordaniens Ministerpräsident in den Vereinigten Staaten ein. Er verkündete einige „Grundsätze", sehr eilig eigentlich, und man hatte den Eindruck, dass er das noch hinter sich gebracht haben wollte, bevor die zuständigen Persönlichkeiten in Washington auf den Gedanken kommen könnten, dafür zu sorgen, dass die jordanische Politik ein wenig anders geführt wird, als man sie bis*her umrissen hatte*. A'Rifai sagte, Verhandlungen mit dem jüdischen Staat kämen überhaupt nur dann in Frage, wenn Israel sich bereit erklären sollte, als erstes Stadium einer Truppenentflechtung zuzustimmen, dem dann, später, der vollständige Rückzug aller israelischen Streitkräfte aus allen im Sechstage-*Krieg eroberten Gebieten folgen* würde. Der Ministerpräsident Jordaniens sagte kein Wort davon, was eigentlich sein Land bei diesem Geschäft zu geben bereit ist. Er glaubt fest daran, wie übrigens alle seine arabischen Kollegen auch glauben, dass Israel mehr als zufrieden sein wird, wenn man ihm versichert, dass niemand mehr daran denke, Israel anzugreifen. Nach dem Jom Kippur-Krieg sind ja die Araber der Ansicht, das israelische Volk lebe in der ständigen Furcht vor einer Erneuerung des Angriffes auf Israel seitens der siegreichen arabischen Armeen.

Niemand wird bezweifeln, dass es unsere Pflicht ist, alles zu tun, was in unseren Kräften steht, um eine friedliche Lösung aller Probleme in unserer Zone der Welt herbeizuführen. Aber eine Lösung ist keine Kapitulation, und das ist ein so bedeutsamer Unterschied, dass wir darauf mit allem Nachdruck hinzuweisen haben. Wir sollten den Jordaniern, aber wohl auch der Welt überhaupt, unmissverständlich klar machen, dass Verhandlungen zwischen uns und Jordanien ausschliesslich ohne jede Vorbedingung geführt werden können, und dass die Suche nach den Grundfesten einer Regelung zwischen uns und Amman unbedingt weitgehende Verzichte, weitgehendes Entgegenkommen auch seitens Jordaniens erfordert. Es ist weitaus besser, wenn all dies bereits jetzt und ohne die Möglichkeit eines Missverständnisses klar wird — damit wir nicht Opfer einer weiteren Illusion werden, die niemand benötigt.

M. BIEL

Seew Schenk wurde zum Ge*neraldirektor des Aussenministe*riums ernannt. Er hatte bisher die europäische Abteilung in diesem Ministerium geleitet, war politischer Sekretär des Aussenministers und stand zuvor in diplomatischem Dienst in Paris und als israelischer Botschafter in Wien.

BONDS-TAGUNG IN JERUSALEM

Auf Einladung des Ministerpräsidenten trafen 55 Funktionäre der Bonds-Organisation in Jerusalem ein.

Verteidigungsminister Schimon Peres berichtete ihnen über die Vorbereitungen, die Zahal in Anbetracht der wachsenden Kriegsdrohungen getroffen hat. Er liess keinen Zweifel darüber, dass sehr viele Uebungen und Neuordnungen notwendig sind, um den israelischen Truppen eine Kampfstärke zu verleihen, die gegen die unaufhörlichen sowjetischen Waffenlieferungen an die arabischen Staaten bestehen kann.

Ueber die gewaltige wirtschaftliche Belastung auf den Schultern der israelischen Staatsbürger nach dem Jom Kippur-Krieg sprach Finanzminister Jehoschua Rabinowitz. Er betonte jedoch, dass trotz allem die erforderlichen Dienstleistungen der Regierung an der Bevölkerung nicht eingeschränkt werden konnten.

Informationsminister Aharon Jariw erläuterte den israelischen Standpunkt zum Palästinenserproblem. Den Hauptteil seiner Ausführungen widmete der Minister dem Problem der israeli*schen Auslandsinformation*. Er gab zu, dass es diese mit den arabischen Staaten zwar nicht aufnehmen kann, aber in Anbetracht der beschränkten Budgetmittel für das Informationswesen nur in Zusammenarbeit und in Abstimmung mit dem Weltjudentum wesentlich verbessert werden kann.

Der Ministerpräsident und die Minister betonten die besonders wichtige Aufgabe der Bonds-Organisation in Notstandszeiten.

KEINE ZUSAETZLICHEN ABZUEGE FUER UEBERSTUNDEN

Der stellvertretende Generalsekretär der Histadrut forderte vom Vorsitzenden der Finanzkommission der Knesset, auf die Einhebung der zusätzlichen Kriegsanleihe, auf Vergütungen für Ueberstunden und auf Prämien zu verzichten. Auch auf die Besitzsteuer, die retroaktiv vom April 1974 auf diese Bezüge erhoben werden soll, möge verzichtet werden.

Schnellster Aufbau der Bürgerwehr obliegt den Kommunalverwaltungen

Die Anweisungen über den Einsatz der Bürgerwehr („Mischmar Esrachi") werden von den **Kommunalverwaltungen** in Zusammenarbeit mit der Polizei getroffen werden. Dies legte der Generaldirektor im Innenministerium, **Chaim Kubersky**, nochmals in einem Rundschreiben fest.

Ausser der Bürgerwehr muss in allen Kommunalverwaltungen ein besonderer Ausschuss gebildet werden, der Beratungen über alle Sicherheitsanliegen durchführt und den Einsatz der Bürgerwehr organisiert. Dieser Sicherheitsausschuss besteht aus Vertretern des Militärs, der Polizei und des Erziehungsministeriums, während die übrigen Mitglieder der Kommunalverwaltung angehören müssen. Ihm obliegt es, der Kommunalverwaltung bei jedem Vorfall, der die Sicherheit dieses Bezirks gefährdet, den Einsatz der Bürgerwehr zu empfehlen und das Aufgabengebiet im Rahmen dieses Einsatzes zu umreissen. Auch muss er informative Aktionen durchführen lassen, die zu mehr Freiwilligenmeldungen für den Dienst in der Bürgerwehr führen.

Füer den Aufbau der Bürgerwehr steht den Kommunalverwaltungen ein Budget [illegible] von sieben Millionen [illegible] Verfügung.

Die Kommunalverw[illegible] wurden in diesem Runds[illegible] nochmals zur schnellste[illegible] *führung* aller *Anweisung*[illegible] Aufbau der Bürgerwehr [illegible]fordert. Als letzter Ter[illegible] ein Zeitraum von drei [illegible] vom Tage der Veröffen[illegible] (5. August) an.

Oren-Kommission verfuegt weitere Baueinstellungen

Die Oren-Kommission beschloss die Einstellung folgender Bauprojekte: das Behördengebäude in der Hillelstrasse in Jerusalem (das von der „Gad" Gesellschaft errichtet wird), das „Hamaschbir Lezarchan"-Gebäude in der Herzl-Strasse in Haifa, das „Mizpe Jam"-Hotel in Bat Jam, das W[illegible]hotel in Naharia und das „Sch[illegible]"-Gebäude in Beer Schewa.

Erlaubt wurde jedoch [illegible] Weiterbau des „Nof"-Hotels in Haifa, der Festräume in Zur Schalom (Kirjat Motzkin) des „Kasco"-Handelszentrums in Kirjat Bialik, des „Hof Temarim"-Hotels in Akko und des Gebäudes der Bank Hapoalim in D[illegible]

Am 19. August sollen die Beratungen der Oren-Kommission über Einstellung von Bauprojekten der Regierung beginnen. Bis dahin werden die Gutachten der betroffenen Ministerien, nämlich des Erziehungs-, des Gesundheits-, des Kommunikations-, des Religions- und des Sozial-Ministeriums, vorliegen. Auch einigen Bauvorhaben der Histadrut droht die Baueinstellung.

Minister Aloni übt heftige Kritik an den TV-Technikern

Der Weg, den die Techniker der Sendeleitung eingeschlagen haben, muss als eine Verhöhnung der Regierung und der Oeffentlichkeit betrachtet werden. Die Handlungsweise der Fernsehtechniker ist noch unverständlicher in Anbetracht der Tatsache, dass die Finanzkommission der Knesset ohne Schwierigkeiten jegliches Budget verweigern könnte. Zudem fügen Sanktionen an diesem Institut der allgemeinen Arbeitsmoral einen schweren Schaden zu.

Dies erklärte **Minister Schulamit Aloni** auf einer Zusammenkunft des Korrespondenten-Verbandes in Jerusalem. Frau Aloni fügte hinzu, dass auch sie für **eine Einstellung der Fernsehsendungen** eintreten werde, wenn die Sanktionen der Techniker anhalten. Es sei an der Zeit, eine gründliche Hausreinigung in diesem Institut durchzuführen.

Den Hauptteil ihrer Ausführungen widmete Minister Aloni den „kleineren Problemen" im Staat, der alles unternehmen müsste, um das Leben seiner Bürger zu erleichtern. Als Grund vieler berechtigter Beschwerden aus allen Kreisen der Bevölkerung bezeichnete Frau Aloni die derzeit geltende Regelung, wonach die Amtsstellen der Regierung, die stets zum Dienst an der Bevölkerung bereit sein sollten, am Nachmittag geschlossen sind. Noch dazu kommen viele Beamte verspätet zur Arbeit und lassen die Besucher unnötig warten. Es wäre durchaus angebracht, wenn noch mehr Staatsbürger ihr Beschwerderecht benutzen würden, um hier eine Aenderung zum Guten durchzusetzen. Freilich müssten auch dem Staatskontrolleur mehr Möglichkeiten und Vollmachten zur Regelung der bei ihm eingegangenen Beschwerden zur Verfügung stehen: ein Briefkasten, der alle Beschwerdebriefe aufnimmt, genügt noch nicht für seine nutzbringende Tätigkeit im Dienste der Bevölkerung.

WETTERDIENS[T] VERSCHÄRFT SANKT[IONEN]

Die Meteorologen, di[e] seit einigen Tagen keine [Wetter]vorhersagen an die Press[e] [gegeben] haben, beschlossen, vo[n] [heute] nachmittag an auch de[r] [Z]ivil]luftfahrt ihren Dienst [zu ver]weigern. Diese Verschärf[ung der] Sanktionen dürfte zu en[tspre]chen Störungen im Flu[gverkehr] führen.

Die Vertreter der Te[chniker] und Ingenieur-Gewerksch[aft wer]den bei der Generalv[ersamm]lung, die für heute ei[nberufen] wurde, anwesend sein un[d noch]mals eine Regelung der [Forde]rungen, die von den Me[teorolo]gen erhoben werden, ver[langen].

Auch die Zentralkon[trolle] der Histadrut hat die Sa[nktionen] der Meteorologen auf di[e Tages]ordnung ihrer heutigen [Zusam]menkunft gesetzt.

ABBRUCH DER SANKTIONE[N] IN ASCHDOD

Die Arbeiter der Ra[...] von Aschdod haben ein[en Ver]zicht auf die für heute [vorgese]henen Sanktionen zuges[agt].

Aus dem Kurszettel der Tel-Aviver Börse

OBLIGATIONEN	4.8.1974
6% Devel Loan Serie 4 bearer $ linked	270
6% Israel Electr „B" $ linked	138
6% Industrial Devel Bank Serie S $ linked	234.3
5% Dead Sea Works bearer $ linked	138.3
6½% Zim $ linked	124
Milve Klita 1961 Index 126,5	278 5
Milve Klita 1962 Index 132,6	267.5
Milve Klita 1964 Index 138.5	368 5
Milve Klita 1965 Index 110.1	321.5
Milve Klita 1966 Index 118.6	297
Milve Klita 1967 Index 118.9	288.5
AKTIEN-MARKT	
Ozar Hitjaschwut ord. shares reg.	199
I.D.B Bankholding Ord sh.	230
Bank Leumi „A" ord stack	220.5
General Mortg Bank ord shares bearer	248 5
Isr Dev & Mortg Bank „B" ord sh.	248
Hassneh Insurance ord shares	171
Housing Mortg Bank „B" ord sh.	249
Delek ord shares reg	136
Pal Cold Stor & Suppl IL 10	165
Africa Pal Investments ord sh reg IL 10 b	287
Israel Land Development ord sh reg IL 10	150 5
Solel Boneh Build. Works 10% bearer	122.5
Mehadrin	170
Anglo Israel Investment	181 5
Neot Aviv	76
Rassco 8% pref ord shares reg	81
Ata „C" ord reg. shares	115
Dubek	423
Phoenicia 8% ord pref part bearer	81
Amerikan Israel Papper Mills	250
Assis	190
Elgar Investment bearer	80
Ellern Investment Ltd bearer	164
Paz Investments	90
Wolfson Clore Mayer Corp reg IL 10	84 5
Discount Bank Inv. bearer	155
Bank Leumi Investment ord shares	126
Export Bank Investment	63
Clal Industries	162
Naphta Ltd ord shares	90
Lappidot ord shares reg	178
I.L.D.C 10% conv deb	74
Ata 10% conv deb	83 5
D-Mark per $	—
Swiss Fr per $	—
D-Mark	—
Natad (unter Banken)	4.59

TENDENZ AM GESTRIGEN BÖRSENMARKT

übermittelt durch die Wertpapierabteilung der [illegible]

Ohne Oblig.

"" = ex. rights — K = Nur Käufer
" = ex coup div. — V = Nur Verkäufer
S = Schlusskurs

Dollar Bonds: schwächer
Index Bonds: schwächer
Aktien: schwächer

Höhere Pensionen gefordert

MdK Hillel Seidel forderte bei einem Vortrag in Haifa, die Alterspensionen dem gesamten Durchschnittseinkommen anzugleichen und nicht nur den Grundlöhnen, wie dies bis jetzt gehandhabt wird. **Die Pensionen sollten 22% des Durchschnittseinkommens in der Wirtschaft erreichen**, forderte MdK Seidel. Derzeit gelten 13% dieses Einkommens als Grundlage der Pensionsberechnung.

Bei dieser Gelegenheit übermittelte MdK Seidel, der früher Leiter der Pensionsabteilung *in der Histadrut war*, einige aufschlussreiche Zahlen. Etwa **610.000 Arbeitnehmer sind jetzt durch geregelte Pensionsrechte gesichert.** Für etwa 400.000 Pensionsberechtigte sorgt die Histadrut mit ihrem Fonds, für etwa 160.000 Angestellte der Regierung und der Kommunalverwaltungen der Budget-Fonds und für etwa 50.000 weitere Arbeitnehmer eine Reihe anderer öffentlicher Fonds. Für etwa **410.000 Arbeitnehmer gibt es aber noch kein geregeltes Pensionsrecht.** Hierunter befinden sich etwa 200.000 Gehaltsempfänger, etwa 90.000 Arbeitnehmer in den Siedlungen und etwa 120.000 Selbständige. MdK Seidel forderte eine gesetzliche Regelung, die allen Arbeitnehmern des Landes wenigstens eine Minimalpension garantiert. Auch würde er empfehlen, alle Pensions-Institutionen der Aufsicht des Staatskontrolleurs zu unterstellen.

David Horowitz, der frühere Staatsbank-Präsident, wurde zu einem der sieben Mitglieder des engeren Vorstands des Internationalen Banken-Verbandes gewählt. Er ist damit der erste israelische Vertreter in diesem Weltverband, der seinen Sitz in Washington hat.

Hansjörg Hess, der fünf Jahre lang Botschafter der Schweiz in Israel war, wurde vom Knesset Vorsitzenden Israel Jeschejahu zu einem Abschiedsbesuch empfangen.

Die Sportereignisse

12 UHR: LETZTE FRIST FUER TEHERAN-FAHRKARTEN

Heute um 12 Uhr läuft die Frist zur Erreichung der Leistungs-Minimas zur Erlangung der Fahrkarten an die Asien Spiele in Teheran ab.

Gestern nachmittag und bis in die späte Nacht hinein hatte die zuständige Kommission, unter Vorsitz des Präsidenten des olympischen Komitees, Josef Inbar, über die genaue Zusammensetzung der Delegation befunden. Hauptdiskussionspunkte waren die Grösse der Gesamtdelegation, diejenige der einzelnen Sportzweige, der „Fall Tal Brody", sowie die medizinische Betreuung der Mannschaft. Da die Frist zur Erreichung der Leistungsminimas erst heute abläuft ist eine weitere Kommissionssitzung möglich, da sich in letzter Minute weitere Athleten noch für Teheran qualifizieren könnten. *Während der Sitzung* unterboten zwei Schwimmerinnen, anlässlich eines Meetings im Wingate-Sportinstitut die Limite, womit sich das Kontingent der Schwimmer auf fünf erhöht.

FUSSBALLER IN RUMAENIEN

Das Kader der Fussballnationalmannschaft ist gestern nachmittag in Bukarest eingetroffen, um in Rumänien die letzten Vorbereitungen für die Asienspiele zu treffen. Die Fussballer sind in einem Trainingslager, rund 200 km von der rumänischen Hauptstadt entfernt, untergebracht. Nach einem leichten Trainingsgalopp gestern nachmittag sind für heute zwei schwere, konditionsstärkende Trainings vorgesehen.

BASKETBALL-UEBERRASCHUNG

Im ersten Spiel der dritten Runde des internationalen Universitäts-Basketballtourniers ereignete sich gestern im Stadion von Jad Eliahu die erste Ueberraschung. Die australische Mannschaft schlug das durch drei Amerikaner verstärkte Team der holländischen Universität Amsterdam 80 : 69.

ISRAEL NACHRICHTE[N] ד]שות ישראל]

TAGESZEITUNG IN DEUTSCHER SPRAC[HE]
— Nr. 183 —

Abonnement- und Anzeigenabteilung: Tel. 326[illegible]
Abonnement Tel-Aviv: Tel. 724881
Redaktion: Tel. 30014
Nacht-Redaktion ab 17.30 Uhr, Tel. [illegible]2675
Tel-Aviv, Harakewet Str. 52

